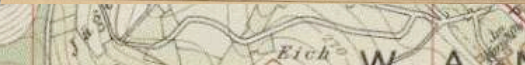
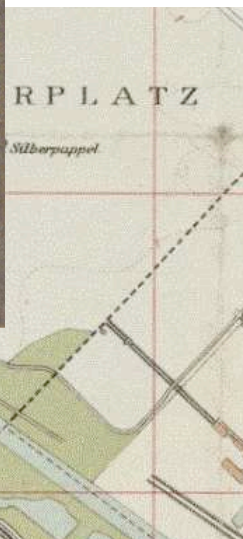


Friedrich Westmeyer

Wohnungselend in Stuttgart

Neuaufgabe der Broschüre von 1911 mit einem Vorwort von Erhard Korn



Wohnungsseind in Stuttgart

Von

Friedrich Westmeyer



w. g. 80 k 3832
w. g. 80 k 3832 11

Stuttgart 1911

Verlag des Sozialdemokratischen Vereins
J. A.: Hans Bullmer

INHALT

Der rühmigste Führer der Radikalen (Vorwort von Erhard Korn)	1
Wohnungselend in Stuttgart (Friedrich Westmeyer)	9
Keine Profite mit der Miete (Wohnungspolitisches Geleitwort von Filippo Capezzone)	45

Erhard Korn

Der rührigste Führer der Radikalen Friedrich Westmeyers «Wohnungselend in Stuttgart»

1. Wohnungsnot in Stuttgart 1911

«Die große Mehrheit der Bevölkerung Stuttgarts leidet schwer unter der Wohnungsnot.» Schon dieser erste Satz der 1911 erschienenen Sozialreportage «Wohnungselend in Stuttgart» mutet merkwürdig aktuell an. Auch damals gehörten Wohnungsmangel und hohe Mieten zu den größten Problemen der arbeitenden Bevölkerung.

Die sozialdemokratische Schrift entfaltete ihre Wirkung dadurch, dass dokumentarische Fotos die Aussagen belegten – für die damalige Zeit, in der Zeitungen nur aus Text bestanden, eine revolutionäre Ausnutzung neuer Medien. Lichtbildvorträge in den Stadtteilen, die das Wohnungselend dokumentierten, wirkten zusätzlich mobilisierend. Ihre Anklage untermauerte die Broschüre durch die medizinisch-statistischen Jahresberichte der Stadtverwaltung: Wohnungsnot zeigte sich eng verbunden mit schlechter Ernährung und der Verbreitung



von Krankheiten, vor allem der Armenkrankheit Tuberkulose. Die Reportage belegt unübersehbar die Abhängigkeit der Kindersterblichkeit von der Wohnsituation, die in Gaisburg 34%, in dem modernen Wohngebiet Ostheim aber nur 6% betrug. Sicher wird man die krassesten Formen dieses Wohnungselends heute selten finden, doch schon das immer ungünstiger werdende Verhältnis von Arbeits-

lohn zur Wohnungsmiete stellt für viele Familien ein zentrales Problem dar: ausreichender Wohnraum belastete schon damals mit bis zu 44% des Einkommens: «Ein immer größerer Teil des Arbeitslohnes, des Gehalts, des Verdienstes wird durch den Mietzins aufgefressen», fließt «in die Taschen der Hausbesitzer», so dass «die Ernährung notleidet». Verstädterung und Zuwanderung prägten die Entwicklung Stuttgarts von der Residenz- zur Industriestadt. Die Wohnung wird Ware, doch der Boden, auf dem sie gebaut werden soll, lässt sich nicht beliebig vermehren. So entsteht Bodenspekulation, auch heute wieder wichtiger Treiber der Mietsteigerungen. Daher auch begnügt sich die Broschüre nicht mit der Beschreibung der Misere, sie analysiert Ursachen und macht Vorschläge zur Eindämmung. Deutlich war schon damals: die Bodenfrage ist nicht nur finanziell eine Klassenfrage. Boden, heißt es, sei Besitz des ganzen Menschengeschlechts und wenn es diesem nicht diene, müsse der Staat darüber verfügen: Das Grundeigentum sei in den Besitz der Gesamtheit zu überführen, da das Privateigentum am Boden unvereinbar

geworden sei mit dem allgemeinen Wohl. Damit aber sei auch die Frage der politischen Macht verbunden, die vom arbeitenden Volk erobert werden müsse. In einem Konzept der «revolutionären Realpolitik» (Zetkin) wird diese Systemfrage verbunden mit der Notwendigkeit, «Linderung auch jetzt schon» anzustreben, etwa durch von der SPD im Landtag erreichte Verbesserungen der Bauordnung. Das Gemeindeprogramm der Partei setzte Schwerpunkte, um die Bodenspekulation einzudämmen: Neubaugebiete sollten nur auf der Kommune gehörenden Flächen genehmigt werden. Dazu gelte es, diese Flächen zu erwerben, um Spekulation zu verhindern, zudem Gemeinbesitz zu erhalten und nur über das Erbbaurecht abzugeben. Dabei seien die Verkehrseinrichtungen zu kommunalisieren (die Straßenbahn war damals noch privat) und planmäßig auszubauen. Kommunalen Wohnungsbau solle nicht nur für städtische Beschäftigte betrieben, Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften gefördert werden. Miete sei zu erheben unter Verzicht auf Grundrente, nur zur Deckung der Herstellungs- und Erhaltungskosten.

3 Gut zehn Jahre später wurden dieses Programm im «Roten Wien», dem Vorbild sozialistischer Wohnungspolitik, umgesetzt.

2. Der rühmlichste Führer der Radikalen

Verfasser der Broschüre war Friedrich Westmeyer (14.1.1873 geb. Osnabrück, gest. 14.11.17 Rethel/Lothringen), dem Vorsitzenden des SPD-Ortsverbands und Kandidaten für die Gemeinderatswahl 1911. Den Gewerkschafter aus dem Verband der Holzarbeiter hatten die Unternehmer seiner Heimatstadt nach einem Streik auf die schwarze Liste gesetzt, so dass er keine Arbeit mehr fand und für die sozialdemokratische Presse zu schreiben begann. 1905 holte man ihn als Redakteur der Zeitung der Stuttgarter Arbeiterbewegung, der «Schwäbischen Tagwacht», nach Stuttgart. Deren zunächst weit linksstehender Redakteur Wilhelm Keil entwickelte sich als Landtags- und Reichstagsabgeordneter der SPD zum Repräsentanten der königstreuen, Fritz Westmeyer als Vorsitzender des Stuttgarter Ortsverband (ab 1906) zum Repräsentanten des linken Parteiflügels im Württemberg. Dieser besaß seinen Rückhalt in der sich

radikalisierenden Arbeiterschaft der aufstrebenden Industriestädte und Großbetriebe. Westmeyer war ein begabter Journalist und Redner, dem es gelang, unterstützt vor allem von Clara Zetkin, diese aufmüpfige Stimmung politisch zu bündeln.

Der von den ländlichen Kreisen dominierte Landesvorstand allerdings fürchtete, dass durch radikale Rhetorik Wähler abgeschreckt werden könnten und näherte sich eher dem bürgerlichen Lager an. 1907 bewilligte die Landtagsfraktion gegen die Beschlüsse der SPD im Reich den Etat und beteiligte sich an den monarchistischen Ritualen (Königshoch). Diese Rechtsentwicklung provozierte die Linken. «Wir müssen es ablehnen, eine königlich-württembergische Sozialdemokratie zu werden», kritisierte die Stuttgarter Mitgliederversammlung 1907 in einer von Westmeyer eingebrachten Resolution.

1906 war die SPD zur stärksten Partei auch in Württemberg gewachsen, wo sie 26% der Stimmen erreichte – in Stuttgart sogar mehr als 50%. Hier bildeten die bürgerlichen Parteien eine Einheitsfront, um eine SPD-Mehrheit im Gemeinderat der Residenzstadt zu verhindern. Die kö-

nigliche Regierung drohte sogar mit einer Annullierung der Wahlen.

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion in Stuttgart war nicht bereit, dem radikaleren Parteivorstand mehr Einfluss zuzubilligen und verhinderte 1910 durch Tricks Westmeyers Wahl in den Gemeinderat. Erst 1915 rückte er nach. Zu massiven Auseinandersetzungen, in die sich sogar Bebel und Luxemburg einmischten, kam es 1911, da sich der sozialdemokratische Oberbürgermeisterkandidat Lindemann weigerte, für den Fall seiner Wahl die Parteibeschlüsse zu beachten. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Sozialdemokraten politische Verantwortung in einem monarchistisch-bürgerlichen Staat übernehmen dürfen.

Bis etwa 1900 hatte die Arbeiterbewegung geringe, aber stetige soziale Verbesserungen durchsetzen können. Doch in den Jahren vor dem Weltkrieg führten Inflation und Rezessionen zum Rückgang der Reallöhne und zu Arbeitslosigkeit. Vor allem jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen der Großbetriebe forderten nun ein aktiveres Auftreten von Gewerkschaften und Partei.

Westmeyer wurde zum Repräsentanten dieser Radikalisierung, die Verschärfung des Klassengegensatzes mache den Erfolg parlamentarischer Absprachen immer zweifelhafter. Die Ziele der Sozialdemokratie waren für ihn nur durchsetzbar durch die Mobilisierung der Arbeiterschaft, durch politische Massenstreiks, wie sie Rosa Luxemburg propagierte.

3. «Hätt'sch dei Gosch g'halte...»

Westmeyer förderte die Gründung von Waldheimen nicht nur als Erholungsorte der Arbeiterschaft, sondern auch als kulturelle Zentren, in denen sich Arbeiterklasse bilden kann. 1908 entstand das Waldheim Heschlach, 1909 initiierte er die Gründung des Vereins Waldheim Stuttgart und des Waldheimes Sillenbuch mit Unterstützung von Friedrich und Clara Zundel in der Nähe von deren Wohnhaus und 1910 das Waldheim Gaisburg, das heute seinen Namen trägt. Dabei erwies er sich als unermüdlicher Organisator und als «Volksmann» (Zetkin), der als armer Arbeiter, stets in prekären Verhältnissen lebend, die Sonntage mit den Mitgliedern im Waldheim Sillenbuch verbrachte, dessen Vorsitzender er war.

5 Im Zentrum seiner Tätigkeit stand die Stärkung der Parteistrukturen: Westmeyer war als Vorsitzender des OV Heschlach 1906 und des OV Stuttgart ein rastloser und geschickter Organisator. Die Mitgliederzahl in Stuttgart stieg unter seiner Führung von 4.000 (1908) auf 10.000 (1912). Ein besonderes Augenmerk galt der Förderung der Frauen. Mit Frauenversammlungen und einer aktiven Bildungsarbeit gelang es, den Anteil weiblicher Mitglieder von 113 auf 1.200 zu steigern. 1907 unterstützte Westmeyer die Gründung der «Freien Jugend», die Jugendlichen die Betätigung in eigenen Clubs ermöglichte und vor allem die antimilitaristische Arbeit vorantrieb. 1912 sprach Karl Liebknecht in Stuttgart «gegen hurrapatriotische und geistige Knechtschaft, für die Freie Jugend». 1914 wurde die stets mit Schikanen bedrohte Organisation endgültig verboten. Zum Gerüst der Organisation entwickelte Westmeyer ein sozialdemokratisches Vertrauensleutesystem in Stadtteilen und Betrieben, das sich vor allem auf den sich radikalisierenden Teil der Arbeiterklasse stützte, von dem immer wieder Streikaktivitäten ausgingen.

Der Bosch-Streik von 1913 zeigte deutlich die Radikalisierung sowohl der Arbeiterklasse als auch der Unternehmer. Der «Rote Bosch» hatte nicht nur 1906 den Achtstundentag eingeführt, er hatte auch die SPD lange finanziell unterstützt. Nun bildeten die Arbeiter seines Betriebs den Kern der Stuttgarter Linken, die sich im März 1913 mit einem wilden Streik gegen Rationalisierung und Entlassungen wehrten, woraufhin Bosch die 3.700 Arbeiter aussperrte und die Werkshallen in Stuttgart und Feuerbach schloss. Zwar kam es nach langer Auseinandersetzung zu einem Kompromiss, doch Bosch «säuberte» den Betrieb von «Schreiern» und «Aufwieglern» und Westmeyer musste festhalten, dass «unsere besten Genossen, unsere Vertrauensmänner und tätigen Mitglieder, zuerst gemäßregelt wurden». Die liberale Presse spottete: «Hätt'sch dei Gosch g'halte, no hätt' de d'r Bosch b'halte».

4. Kriegsgegner an die Front

Die Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten in der SPD kumulierten 1911 im ersten «Tagwacht-Streit» um die Linie der Parteizeitung, die damals immerhin über 22.500 Abonnenten hatte.

Während Westmeyer von der Landtagsfraktion die Einhaltung der Parteibeschlüsse forderte, entwickelte sich Wilhelm Keil, der die Partei fast 40 Jahre dominierte zunehmend zum Repräsentanten des Regierungssozialismus. Er arbeitete systematisch an der Demontage seines Redaktionskollegen Westmeyer, der schließlich satzungswidrig gekündigt wurde. Mit einem Zigarrenladen in der Marienstraße 1 musste er seine Familie mühsam über Wasser halten.

Doch schon 1914 zeigte sich, dass auch die neue Redaktion den linken Kurs der Zeitung stärkte. Der Landesvorstand der SPD schwenkte sofort nach Kriegsbeginn auf die Linie des «Hurratriotismus» ein, während die Redaktion um Arthur Crispian, dem späteren Vorsitzenden der USPD, Jakob Walcher und Edwin Hörnle ihren kriegskritischen Kurs beibehielt. Am 5. November 1914 wurde sie satzungswidrig gekündigt und ausgesperrt und Keil konnte nun jenen als Verteidigungskrieg ausgegebenen Siegfrieden propagieren, der sich bald als Eroberungskrieg und 1918 als bittere Niederlage erweisen sollte.

Der Stuttgarter Ortsverein um Westmeyer – von 1912 bis 1917 war er Vertreter Stuttgarts im Landtag – nahm das nicht hin, lud sogar Karl Liebknecht ein, der später berichtete, dass er in Stuttgart am 21. September erstmals als nicht entschieden genug kritisiert worden war, da auch er am 4. August 1914 gegen seine Überzeugung den Kriegskrediten zugestimmt hatte. Als Liebknecht am 2. Dezember 1914 erstmals mit Nein stimmt, spricht ihm die Stuttgarter Generalversammlung die Anerkennung dafür aus, dass er sich rückhaltlos zu seiner sozialdemokratischen Überzeugung bekannt habe.

Westmeyer gehörte nicht nur am 11. September zu dem kleinen Kreis um Rosa Luxemburg, der sich in Sillenbuch bei Clara Zetkin traf und mit der «Gruppe Internationale» versuchte, die Kriegsgegner zu organisieren, er war ein «Motor» dieser ständig von Verfolgung und Haft bedrohten Bewegung, zudem der einzige, der einen sozialdemokratischen Stadtverband hinter sich hatte.

Vor allem die marxistisch geschulten jungen Industriearbeiter wie Jakob Walcher und Fritz Rück hielten in Stuttgart an den linken Grundsätzen fest, unterstützt

7 von Intellektuellen wie August Thalheimer, Hermann Duncker, Arthur Crispian und Clara Zetkin, die an der Zeitung des Stuttgarter Ortsverbands «Der Sozialdemokrat» mitarbeiten, die sich zu einem wichtigen Mitteilungs- und Diskussionsorgan der sich neu sammelnden Linken entwickelte.

Westmeyer wurde 1915 vom Landesvorstand der SPD gekündigt, sein kleiner Tabakladen in der Marienstraße wurde zum politischen Treffpunkt der Opposition. Im Stuttgarter Ortsverband dagegen behaupteten die Linken trotz der politischen Verfolgung ihre Mehrheit und schlossen sich 1917 der USPD an.

Doch am Ende des Krieges ist die Opposition auch in Württemberg weitgehend zerschlagen, Versammlungen und Publikationen wurden ihr verboten, heimliche Treffen im Wald von einer eigens geschaffenen «politischen Geheimpolizei» und «Waldpatrouillen» bespitzelt, die Akteure an die Front geschickt, in «Schutzhaft» genommen oder ins Gefängnis geworfen wie Clara Zetkin oder Berta Thalheimer, die versuchten, die Kriegsgegner auch international zu vernetzen.

Westmeyer nutzte die Landtagssitzungen als dem einzigen Ort, «wo noch Kritik geübt werden kan», zur Entlarvung der vertuschten deutschen Eroberungspolitik, erinnerte an die Beschlüsse des Stuttgarter Sozialistenkongresses von 1907 und musste sich deshalb von seinen bisherigen Parteigenossen Vorwürfe gefallen lassen, sein «Verteidigungs nihilismus» sei verantwortlich für die «feldgrauen Opfer», für den Tod deutscher Soldaten. Westmeyer, schon selbst in der feldgrauen Uniform, konterte, dass alle Fraktionen Vertreter an der Front stehen, außer der «Fraktion der Unabkömmlichen», der SPD. Seine meisterhafte Polemik ging durch die nationale Presse. Die SPD-Landtagsfraktion spaltete sich schon 1915, faktisch auch die SPD in Württemberg, und nahm so eine Entwicklung vorweg, die auf Reichsebene erst 1917 mit der Gründung der USPD erfolgte.

Besonders Westmeyer wird politisch verfolgt und schließlich im Februar 1917 eingezogen. Während er im Schützengraben den Kopf hinhielt und bald an Ruhr erkrankte, stieß sein innerparteilicher Gegner Wilhelm Keil mit der Generalität mit Champagner

auf den baldigen Sieg an. Westmeyer starb mit 44 Jahren am 14. November 1917 in einem Seuchenlazarett bei Reims. Die Regierung freute sich, dass die Bewegung «fühlbar geschwächt» wurde: «Durch den Tod Westmeyers haben die Stuttgarter Radikalen ihren rühmlichsten Führer verloren.»

Rosa Luxemburg schrieb nach seinem unerwarteten Tod: «Westmeyer ist ein großer Verlust. Ich dachte immer, er würde noch in großen Zeiten eine Rolle spielen.»

In seinem letzten Brief hatte er geschrieben: «angesichts des ungeheuren Jammers, den dieser Krieg über alle Völker gebracht hat, erfüllt es mich immer

wieder mit schmerzlicher Genugtuung, dass wir in Stuttgart uns Hand und Gewissen rein gehalten haben von dem vergossenen Blut. Aber Schande den Burschen, die alles verleugneten, was sie 40 Jahre lang als ihre Überzeugung dem Volk gepredigt.»

Erhard Korn ist Ko-Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg.

Hinweis:

1998 haben Theodor Bergmann, Wolfgang Haible und Galina Iwanowa eine politische Biografie Westmeyers veröffentlicht: «Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund.» Der Manifest Verlag hat das weiterhin lieferbare Buch 2018 nachgedruckt.

Einleitung

Die große Mehrheit der Bevölkerung Stuttgarts leidet schwer unter der Wohnungsnot. In vergangenen Zeiten war der Eigenbesitz eines Hauses die Regel. Die wirtschaftliche Entwicklung hat der Masse der Bevölkerung das Vaterhaus genommen und die Mietwohnung dafür gegeben. Früher baute man, um der eigenen Familie ein Heim zu geben und Arbeitsräume zum eigenen Gebrauch herzustellen. Heute baut der Bauspekulant, um mit den Häusern einen möglichst gewinnreichen Handel zu treiben; der Besitzer des Hauses will aus dem Vermieten der Wohnungen und Geschäftsräume seinen Lebensunterhalt ganz oder teilweise gewinnen. Haus und Wohnung sind zur marktgängigen Ware, das Vermieten von Wohnungen ist zum Gewerbe geworden.

Mehr als neun Zehntel der Einwohnerschaft Stuttgarts sind auf die Mietwohnung angewiesen. Keinen Fußbreit Erde vom „teuren Vaterland nennen sie ihr eigen. Ihnen gehört kein Ziegel auf dem Dache. Der Begriff «Vaterhaus» ist der Jugend der minderbemittelten¹ Bevölkerung fremd geworden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hat das größte Interesse daran, daß die Ware «Wohnung» in ausreichender Menge und guter Qualität zu angemessenem Preis auf dem Wohnungsmarkt angeboten wird. Die Besitzer der Ware hingegen haben das entgegengesetzte Interesse. Je kleiner der Vorrat, je größer der Mangel, um so höher der Preis.

Der Ware «Wohnung» haftet nun eine Eigenschaft an, die die Herbeiführung eines künstlichen Mangels ungemein begünstigt. Zur Herstellung der Wohnung sind nicht nur Backsteine, Eisenträger, Dachziegel usw. nötig, Material, das sich in beliebiger Menge produzieren läßt, sondern auch Grund und Boden. Der Vorrat an Grund und Boden läßt sich nicht beliebig vermehren, er ist eine gegebene Größe. Da ohne Baugrund niemand bauen kann, hat der Bodenbesitzer es in der Hand, den Wohnungsbau zu verlangsamen, sogar ganz zu hindern, dadurch einen Wohnungsmangel hervorzurufen oder zu verschärfen und so die Woh-

¹armen

nungspreise ins Ungemessene zu steigern, mit dem Wohnungspreis auch den Preis des Grund und Bodens.

Die Wohnungsfrage ist in allererster Linie eine Bodenfrage. Teurer Grund und Boden zwingt zur weitestgehenden Ausnützung des Bauterrains. Auf möglichst kleinem Areal möglichst viel Wohnungen zu errichten, ist das heiße Bestreben der Bauspekulanten. Auf schmalen Grunde wachsen himmelhohe Miethäuser empor, die Wohnräume werden so klein wie irgend möglich hergestellt, jeder Winkel auf die raffinierteste Weise ausgenützt. Der Hof wird aufs geringste beschränkt, der Zutritt von Licht und Luft zu den Wohnungen in gesundheitsgefährlicher Weise gemindert.



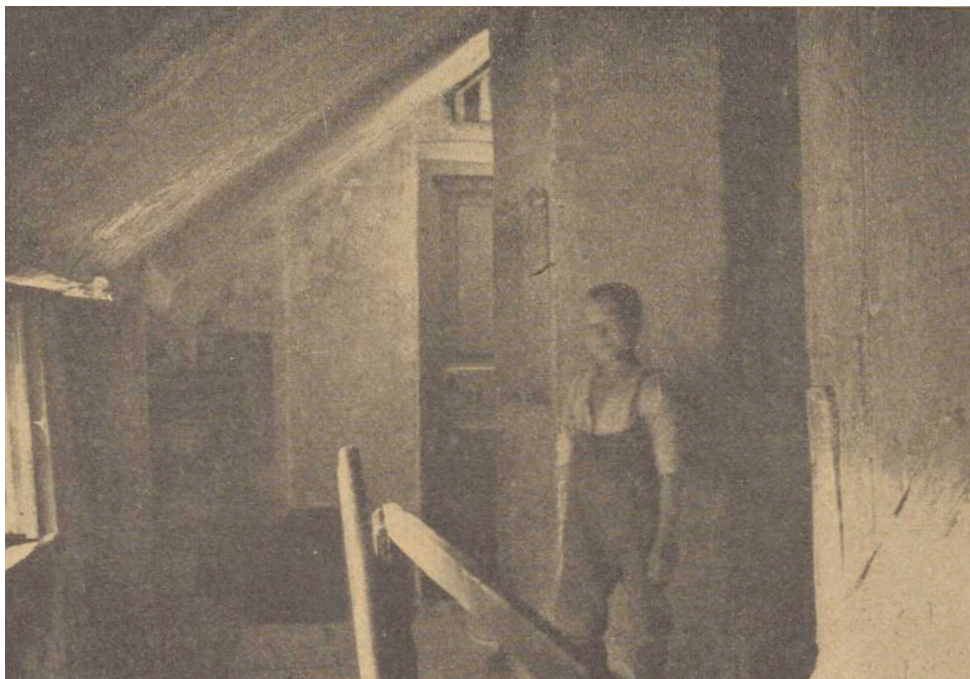
Felbergasse in Cannstadt

Andererseits erhöht die Ausnutzungsmöglichkeit auch wieder den Preis des Grund und Bodens. Ein Bauplatz, auf dem ein Haus mit zwölf Mietwohnungen errichtet werden kann, steht weit höher im Preise als ein Platz in derselben Größe und in derselben Gegend, auf dem nur ein Miethaus mit sechs Wohnungen erstellt werden darf. Bauspekulanten wie Grundbesitzer bemühen sich daher, die Ausnutzungsmöglichkeit des Grund und Bodens nach

Kräften zu steigern, ohne Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit, die körperliche, geistige und sittliche Grundlage der Bevölkerung, die durch die übertriebene Ausnutzung des Grund und Bodens und die dadurch bewirkte Zusammendrängung in engen, lichtlosen Wohnungen aufs schwerste bedroht ist. Jeder Beschränkung dieser Ausnutzungsmöglichkeit widersetzen sich die Besitzer des städtischen Areals aufs entschiedenste.

Das trat besonders kraß zutage bei Beratung der neuen Bauordnung im Landtag (Gesetz vom 28. Juli 1910). Zentrum, Volkspartei und Deutsche Partei im holden Verein kämpften gegen die Anträge der Sozialdemokratie zum Schutze der Mieter mit skrupelloser Gewissenlosigkeit an, daß schließlich ein Vertreter der Regierung, Ministerialrat v. Reif, ihnen in der Sitzung vom 15. April 1910 zurief:

«Es handelt sich darum, für die wirtschaftlich Schwachen Wohnungen zu schaffen, welche gesund und menschenwürdig sind. Es ist im Ausschuß und bei früheren Beratungen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Schutz der Schwachen die Aufgabe des Hohen Hauses sei bei Aufnahme und Festsetzung derartiger Bestimmungen, und ich möchte insbesondere diejenigen Parteien, die den Schutz der Schwachen auf ihre Fahne geschrieben haben, daran erinnern, daß hier die Gelegenheit dazu gegeben ist, den Schutz der Schwachen zu betätigen.... Die wirtschaftlich Schwachen leiden am meisten darunter, wenn Sie zu nachsichtig und zu rücksichtsvoll gegen die Grundbesitzer und deren etwaige entfernt mögliche Schädigung sind. Für die Grundbesitzer habe ich ja auch viel übrig, aber alles hat seine Grenzen!» Das mußten sich Volkspartei, Zentrum und National- liberale von einem Regierungsvertreter sagen lassen!



Ein Treppenaufgang

Die Wohnungsfrage ist eine Lebensfrage für die minderbemittelte Bevölkerung. Arbeiter und Handwerker, Beamte und kleine Geschäftsleute, alle leiden schwer unter der Wohnungsnot. Ein immer größerer Teil des Arbeitslohnes, des Gehalts, des Verdienstes wird durch den Mietzins aufgefressen.

«Wir haben es schon häufig erlebt und erleben es heute jeden Tag, daß, sobald Verbesserungen in den Arbeitslöhnen und in den Beamtengehältern eintreten, die Gebäudebesitzer die ersten sind, die davon Nutzen ziehen und die die Mieten in die Höhe setzen, so daß man nicht sagen kann, die Löhne sind besser geworden, die Gehälter sind höher geworden, die Leute können nun für sich sorgen, daß jeder eine gute Wohnung bekommt.»

So der Ministerialrat v. Reif in derselben Sitzung der Zweiten Kammer. Der Regierungsvertreter hatte nur zu sehr recht. Die Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft, oftmals in schwerem Kampfe unter großen Opfern errungen, fließen

in die Tasche des Hausbesitzers. Die Ausgaben des Reichs, des Staates und der Gemeinde für Gehaltserhöhungen der Beamten und Unterbeamten dienen vorzugsweise zur Vergrößerung des arbeitslosen Einkommens der Hausbesitzerkaste. Die minderbemittelte Bevölkerung muß ihre Ansprüche an die Geräumigkeit und hygienische Ausstattung der Wohnung immer mehr einschränken, sie muß sich auf kleinstem Raum zusammendrängen. Feuchte lichtlose Höhlen müssen als Wohnräume von Menschen benützt und teuer bezahlt werden. Gelasse, in die kein gewissenhafter Landwirt sein Vieh unterbringen würde, dienen als Wohn-, Arbeits- und Schlafräum für Menschen. Der Mietzins verschlingt einen so großen Teil des Einkommens, daß die Ernährung notleidet. Krankheiten und Seuchen verwüsten die Arbeits- und Lebenskraft gerade jener Volksschichten, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist. Der Tod hält reiche Ernte in den Wohnquartieren der Armen.

Die Steigerung der Baukosten

Der Unternehmer sagt, die Steigerung der Arbeiterlöhne und der Baumaterialienpreise verursache eine derartige Steigerung der Baukosten, daß eine Mietsteigerung unausbleiblich sei. Es ist richtig: die Arbeiterlöhne sind gestiegen, die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Aber ist nicht zugleich die Intensität der Arbeit gewachsen? Muß heutzutage nicht der Arbeiter in kürzerer Zeit eine viel größere Leistung vollbringen als früher in längerer Arbeitszeit? Wo sind die Zeiten geblieben, da der Arbeiter auf der Baustelle noch sein Pfeischen rauchen konnte?

Gewiß sind die Preise der Baumaterialien in die Höhe gegangen. Warum wird aber verschwiegen, daß auch die technischen Hilfsmittel weit besser und leistungsfähiger geworden sind, die billigere Maschine den Menschen vielfach verdrängt, Dampf und Elektrizität Tier- und Menschenkraft ausgeschaltet haben? Wird nicht der Raum heutzutage mit äußerstem Raffinement ausgenützt? Wie kommt es dann, daß die Mietpreise in alten Baracken, die schon viele Jahrzehnte, vielleicht schon über ein Jahrhundert ihre Dienste getan haben, gleichfalls ins

Ungemessene gestiegen sind? Sind da auch die «gestiegenen Arbeiterlöhne und Materialpreise» schuld? Ist es die Steigerung der Ansprüche an den Komfort einer Wohnung, die die minderbemittelte Bevölkerung veranlaßt, für elende Wohnhöhlen horrenden Mieten zu zahlen?

Adolf Wagner², der berühmte Nationalökonom, kein Sozialdemokrat, sondern ein stockkonservativer Mann, rief einst denen zu, die die gestiegenen Löhne der Bauarbeiter für die Wohnungsnot verantwortlich machen wollen:

«Ihr Pharisäer und Schalksnarren, das hebt ihr hervor, den Splitter in unserem Auge seht ihr, daß wir etwas mehr Lohn verlangen und dadurch das Bauen etwas verteuern; aber über den riesigen Balken in eurem Auge geht ihr leicht hinweg, daß ihr das Zehnfache der Verteuern durch die Bodenspekulation herbeiführt, indem ihr den Grund und Boden so maßlos in die Höhe treibt!»

Die Verschärfung des Wohnungselends durch die wirtschaftliche Entwicklung

Der «Zug nach der Stadt» beherrscht das wirtschaftliche Leben. In den Jahren von 1895 bis 1907 verringerte sich die Einwohnerzahl der Gemeinden Württembergs bis zu 2.000 Seelen um 10.878, hingegen nahm die Einwohnerzahl der größeren Gemeinden (mit 2.000 und mehr Einwohnern) um 27.8226 zu. Stuttgart-Stadt hatte in dieser Zeit einen Bevölkerungszuwachs von 67.407 Köpfen zu verzeichnen. In den Jahren von 1905 bis 1910 erhöhte sich die Einwohnerzahl Groß-Stuttgarts um 32489. Jedes Jahr kommen fast 7000 Menschen neu hinzu, für die Obdach geschaffen werden muß.

² Einer der bedeutendsten Ökonomen der Bismarck-Ära. War 1895/96 Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, der heutigen Humboldt-Universität. Zu seinen wichtigsten Werken zählen «Die Grundlagen der politischen Oekonomie» in zwei Bänden (1860) und «Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus» (1895). Mitbegründer des «Vereins für Socialpolitik» im Jahre 1881. (Quelle: Informationen sind der Webseite der Humboldt-Universität Berlin entnommen)

Nicht aus Vergnügungssucht oder Übermut ziehen die Massen zur Stadt. Das Land kann die steigende Bevölkerungszahl nicht ernähren, in den Industriorten suchen die Menschen Arbeit und Brot. Von den 9610 im Bereich des 13. (württembergischen) Armeekorps im vergangenen Jahre Ausgehobenen waren 2567 auf dem Lande geboren und in ländlichen Berufen verblieben, 4042 Landgeborene waren aber zu anderweitigen Beschäftigungen übergegangen. Hingegen haben nur 374 Stadtgeborene sich ländlichen Beschäftigungen zugewandt.

Zum natürlichen Bevölkerungszuwachs kommen die Massen der Zuwanderer. Sie alle suchen Obdach, eine Wohnung. Die Nachfrage nach Wohnungen wächst und wächst. Die Folge ist ein steigender Mangel an Kleinwohnungen. Es standen jeweils am 1. Januar leer:

	1 Zimmer	2 Zimmer	3 Zimmer	4 Zimmer	5 und mehr Zimmer
1905	184	132	344	150	151
1906	97	125	249	147	152
1907	105	88	134	105	112
1908	80	58	126	69	98
1909	101	66	137	73	137
1910	80	108	258	136	153
1911	87	91	216	200	139

Rund 65000 Wohnungen sind in Stuttgart vorhanden. Etwa 1 Prozent der Wohnungen stand leer. Zieht man davon noch jene Wohnungen ab, die sich in Reparatur befinden oder aus sonstigen Gründen nicht beziehbar sind, so bleibt eine winzige Zahl. Im allgemeinen kann man den Wohnungsmarkt als normal bezeichnen, wenn 3 bis 4 Prozent der Wohnungen aller Kategorien leer stehen. In Stuttgart fehlen rund 2000 Wohnungen an diesem Prozentsatz. Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahres hat die Bautätigkeit lebhafter eingesetzt. Die Ursache ist in der neuen Bauordnung (Gesetz vom 28. Juli 1910) zu suchen. Wie bereits bemerkt, beschränkt dieses Gesetz die übermäßige Ausnützung des Grund und Bodens. Die Terrainbesitzer versuchten nun, ihren Grund und Boden noch schnell

vor Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Bauten zu besetzen und so den gemeinnützigen Absichten des Gesetzgebers ein Schnippchen zu schlagen. Der Baugrund innerhalb der Stadtgrenze hat aber bereits einen so hohen Preis erlangt, daß die Erstellung von Arbeiterwohnungen zurückgestellt, der Bau von vier- und mehrzimmerigen Wohnungen bevorzugt wurde. Diese Entwicklung wurde durch die Stadtverwaltung und Gemeindevertretung noch dadurch gefördert, daß der oftmals recht kostspielige Ausbau von Straßen in bevorzugten Wohngebieten mit allem Nachdruck betrieben, der Straßenbau in jenem Gelände, das noch für Kleinwohnungen geeignet ist, vernachlässigt wurde.

«Die Privatbautätigkeit hat sich im abgelaufenen Jahre überwiegend der Erstellung von vier- und mehrzimmerigen Wohnungen zugewandt, so daß an solchen Wohnungen beinahe Überangebot besteht, während die Knappheit in Zweizimmerwohnungen gegenüber dem Vorjahr sich gesteigert hat. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die private und die gemeinnützige Bautätigkeit im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung sich in weiterem Umfang der Erstellung kleiner Wohnungen annähme.» (Bericht des Stadtschultheißenamts über die Verwaltung der Stadt Stuttgart im Jahre 1910.)

Mietpreise und Lohn

Die amtliche Denkschrift zur Neuordnung der Bezüge der Unterbeamten der Stadt gibt über die Bewegung der Mietpreise für 1 bis 3 zimmerige Wohnungen in den Jahren 1903 bis 1910 nach den Jahresberichten des städtischen Wohnungsamtes folgende Zahlen wieder:

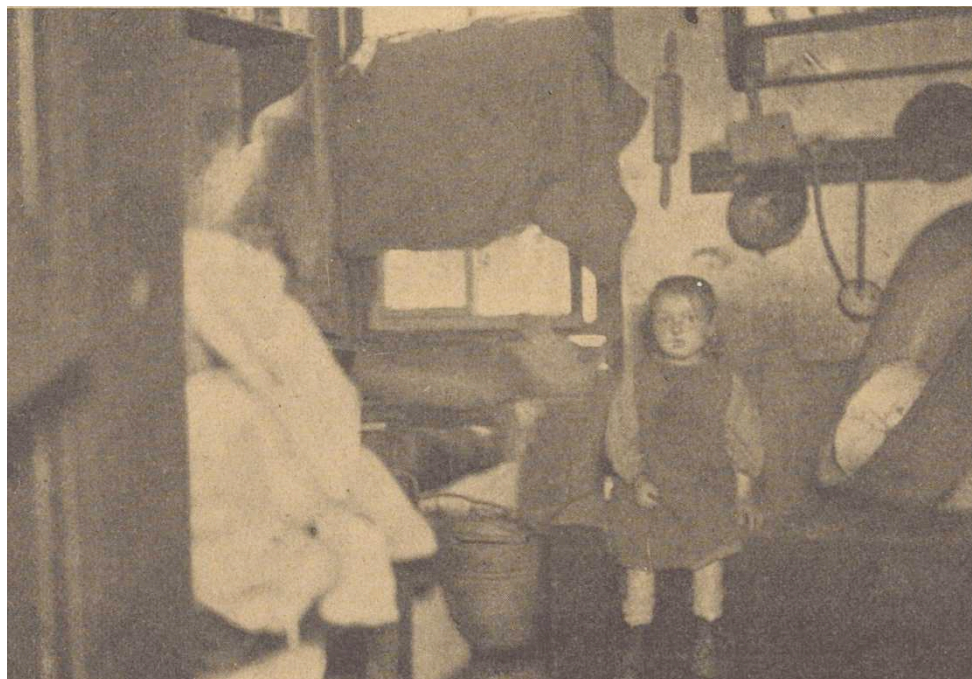
Mietpreise pro Jahr:

	1 Zimmer		2 Zimmer		3 Zimmer	
	Im Gesamt- durch- schnitt	Stuttgart- Heslach unter Ausgleichung der Vororte	Im Gesamt- durch- schnitt	Stuttgart- Heslach unter Ausgleichung der Vororte	Im Gesamt- durch- schnitt	Stuttgart- Heslach unter Ausgleichung der Vororte
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1903	163	-	304	-	466	-
1904	167	170	309	317	474	484
1905	165	169	307	316	471	490
1906	165	168	305	317	474	497
1907	169	173	313	325	476	505
1908	173	179	322	335	485	519
1909	174	179	331	347	504	536
1910	183	187	337	350	517	549

Seit 1906 stieg demnach der Mietpreis der Einzimmerwohnung um 18 bzw. 19 Mk., der Zweizimmerwohnung um 32 bzw. 33 Mk., der Dreizimmerwohnung um 43 bzw. 52 Mk. Der Anfangslohn der städtischen Arbeiter ist 3,80 Mk. pro Tag. Nach dem Etat für 1911 beträgt der Durchschnittslohn der Arbeiter der Straßenreinigung 4,10 bzw. 4,20 Mk. pro Tag. Dieses Verhältnis dürfte auch auf die anderen städtischen Arbeiter zutreffen. Nehmen wir die höhere Summe, 4,20 Mk. pro Tag. Das ergibt einen Jahresverdienst von 1260 Mk. Arbeiter der Privatindustrie haben teilweise wenigstens einen höheren Taglohn oder Akkordverdienst, sind aber dafür auch den Schwankungen des Arbeitsmarktes mehr ausgesetzt. Ein Abflauen der Konjunktur verringert ihre Beschäftigungsdauer; ungünstige Witterung zwingt zum Aussetzen, der Winter bringt Arbeitslosigkeit, in Krankheitsfällen sind sie auf das karge Krankengeld angewiesen. Andere Arbeiter erreichen noch nicht einmal das Jahreseinkommendes städtischen Arbeiters.

Für die Zweizimmerwohnung zahlt der Arbeiter 350 Mk. jährlich; das sind über 27 Prozent des Arbeitslohns. Kinderreiche Familien kommen mit einer

Zweizimmerwohnung kaum aus. Sind alte unterstützungsbedürftige Eltern mit zu erhalten, so ist es unmöglich, in einer Zweizimmerwohnung zu hausen. So sollte man meinen. Es muß aber möglich gemacht werden, denn die Dreizimmerwohnung kostet 517 bis 549 Mk., sie würde 41 bis 44 Prozent des Einkommens verschlingen. Eine derartige Belastung des Haushaltbudgets ist gerade bei starken Familien unerträglich. Man rückt eben zusammen. In qualvoller Enge haust die Familie auf kleinstem Raum beieinander. Zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushaltbudget wird schließlich noch ein Schlafbursche in die Familie aufgenommen. Der Korridor, falls ein solcher vorhanden ist, oder ein Bodenverschlag



Küche in Stuttgart, Wagnerstraße.

wird als «Schlafraum» mit herangezogen, die Küche desgleichen. Das alte Kanafee dient nachts als Lagerstatt. Die Kinder beanspruchen den wenigsten Raum; sie werden zu den Erwachsenen ins Bett gepackt oder in einen Winkel geschoben....

Kinderreiche Familien erhalten schwer eine Wohnung. Kinder sind dem Hausherrn ein Greuel. Sie machen Unruhe und verderben ihm zu viel. Mit den minderwertigsten Wohnungen müssen sich Eheleute begnügen, denen ein reicher Kindersegen zuteil geworden ist. «Kindersegen, Gottessegen,» sagen die Frommen. Der Kapitalismus hat den Segen in Fluch verwandelt.

Etwas vom Wohnungselend

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart hat eine Anzahl «Wohnungen» in den Quartieren der minderbemittelten Bevölkerung in Alt- Stuttgart, Cannstatt und in anderen Vororten photographisch aufnehmen lassen und in zwei großen Volksversammlungen im Lichtbild vorgeführt. Ein paar der Aufnahmen sind diesem Schriftchen beigelegt. Nicht «Wohnungen» der Allerärmsten sind es, jener Bevölkerungsschicht, die man «Lumpenproletariat³» nennt. Nein, fleißige Menschen hausen in diesen Löchern, Leute, die sich redlich quälen um ihr Brot und sich Mühe geben, ihre Kinder zu tüchtigen Menschen heranzuziehen. Und doch ...

Grauenvolle Wohnungszustände hat der Photograph auf seine Platte gebannt. Man wundert sich, daß in solchen Wohnhöhlen Menschen existieren können. In dumpfen, feuchten Gelassen, in die kaum jemals ein Sonnenstrahl dringt, hausen Männer und Frauen, Greise und Kinder, Gesunde und Kranke, Familienangehörige und Fremde dichtgedrängt beieinander. Zwei, drei Personen schlafen in einem Bett, eine wackelige Pritsche, mit Lumpen bedeckt, dient als Lagerstatt. Der Fußboden angefault, die Wände feucht, der Kalkbewurf zum Teil abgefallen, die Möbel verstockt, die Luft voll Moderduft, Brutstätten der Tuberkulose

³ «Lumpenproletariat» ist ein u.a. von Karl Marx geprägter Begriff. Gemeint sind Menschen, meist mit proletarischer Herkunft, aber durchaus auch z.B. verarmte Adelige, die die niedrigste Schicht der Gesellschaft bilden. Kennzeichen sind prekäre Einkommensformen, Unorganisiertheit, fehlendes Klassenbewusstsein. Sie stellen für Marx eine Bedrohung für das Proletariat dar, da sie sich von der Bourgeoisie manipulieren lassen. (vgl. Karls Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon und Karl Marx: 1. Band das Kapital in der 39. Auflage 2008)

und anderer Seuchen. So sieht es mitten in der Residenz Stuttgart aus!

Die vornehme Welt weiß freilich nichts davon, will es nicht wissen. Für sie existiert das Elend nicht. Aber die Ärzte, die Krankenkassenkontrolleure, die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die in Ausübung ihres Amtes diese Höhlen des Elends aufsuchen müssen, sie können davon berichten. Wahrhaft erschütternde Bilder bieten sich oftmals dem Besucher, aber auch Bilder eines stillen Heldentums, das in seiner schlichten Größe alle Ruhmestaten welterobernder Menschenschlächter weit überragt.

Wohnungselend und Kind

Aus Anlaß der Unterbringung von Volksschulkindern Stuttgarts in Solbädern wurden in der Zeit vom 14. September 1909 bis 16. März 1910 vom Stuttgarter Stadtarzt Dr. Gastpar 14325 Volksschulkinder auf ihren Ernährungsstand und auf Krankheiten untersucht. Die Gesamtzahl der Kindern war nach den Klassenlisten 18591. Die Untersuchung war freiwillig. Über das Resultat der Untersuchung berichtete der Medizinisch-statistische Jahresbericht über die Stadt Stuttgart im Jahre 1910, herausgegeben vom Stuttgarter ärztlichen Verein.

Von den 14325 untersuchten Kindern waren 9890 aus Alt-Stuttgart, 4435 aus den Vororten. Der Befund über Körperzustand und Krankheitsformen wird — anders als in früheren Jahren — nur in Prozentzahlen der Kinder wiedergegeben. Die Umrechnung in absolute Zahlen ergibt Differenzen, die aber so verschwindend klein sind, daß sie nicht ins Gewicht fallen.

Als «gut» wird die Ernährung bezeichnet bei 18,6 Prozent der 9890 Stadtkinder und bei 20,8 Prozent der Vorortskinder. Mit anderen Worten: Von insgesamt 14325 Kindern sind 2761 so genährt wie es sein muß, 11564 nicht.

Als «mittel» bezeichnet der Bericht den Ernährungsstand bei 36,6 Prozent der Stadtkinder und 34,5 Prozent der Vorortskinder. Das sind 5149 Kinder. «Mittel mit anämischem Zustand» (Blutarmut) heißt es bei 21,5 Prozent der Stadtkinder und 24,6 Prozent der Vorortskinder. Die Gesamtzahl dieser Kinder ist 3.217.

«Gering» ist der Ernährungsstand bei 11,8 Prozent der Stadtkinder und 10,7 Prozent der Vorortskinder. Es sind 1641 Kinder. «Gering mit Änämie» war der Befund bei 11,5 Prozent der Stadtkinder und 9,4 Prozent der Vorortskinder. Es sind 1553 Kinder, die gering genährt und blutarm zur Schule wandern.

Das sind grauenhafte Zahlen, eine Schmach für ein Kulturvolk, ein ätzender Hohn auf Menschlichkeit und Menschenliebe, eine düstere Anklage gegen Reich, Staat und Gemeinde. Hungernde Kinder....

Mit dem Hunger Hand in Hand gehen die verschiedensten Krankheiten, Folgeerscheinungen mangelhafter und mangelnder Nahrung, feuchter, dunkler Wohnungen:

Ausgeprägte Rachitis wird bei 5,2 Prozent der Stadtkinder und 10,7 Prozent der Vorortskinder konstatiert. Es sind 989 Kinder. Skoliose (Wirbelsäulenverkrümmung) ist bei 10,1 Prozent der Stadtkinder, 5,1 Prozent der Vorortskinder festzustellen. Insgesamt 1225 Kinder. Am Drüsen leiden 1893 Kinder (12,2 bzw. 15,5 Prozent). Augenleidend sind 1850 Kinder (12,5 bzw. 14,3 Prozent). Lungenleiden (nicht tuberkulös) wird bei 929 Kindern (8,1 bzw. 2,9 Prozent) festgestellt.

Tuberkulose aller Organe ist bei 51 Kindern zu konstatieren. Hautleiden, Ungeziefer, Adenoiden, Ohrenleiden, Herzleiden, Albumen führt die Tabelle als Kinderkrankheiten noch auf.

Was bleibt da noch an gesunden Kindern übrig?

Ein schlecht genährtes, kraftloses, krankes Geschlecht wächst in elenden Behausungen heran. Und diese Kinder sollen dereinst den bitterharten Kampf ums Dasein führen! Von ihnen verlangt man dereinst, daß sie ihr «Vaterland» lieben, den «heimischen Herd» mit Blut und Leben verteidigen! Nicht nur der Körper, auch Geist und Gemüt müssen in den dunklen feuchten Löchern, im engsten Beisammensein mit Erwachsenen beiderlei Geschlechts, Fremden und Familienangehörigen, kränkeln und verkümmern. Nahrungsmangel, kein eigenes Bett, keine Mutterliebe, keine Erziehung: aus solcher Hölle können keine Engel erstehen! Die Gerichts- und Polizeiakten der jugendlichen Verbrecher und Fürsorgezöglin-

ge könnten manches fürchterliche Drama erzählen, von grauenvollen häuslichen Verhältnissen, von Verzweiflung und Verbrechen. Die Akten bleiben geschlossen, sie verstauben in den Regalen der hohen Behörden, denn es wird «in weiten Kreisen mißfällig bemerkt», wenn eine «irgendwo und irgendwie beamtete Person fortgesetzt Material zur Schlechtmachung der bestehenden Gesellschaft liefert. Jeder andere Polizeibeamte usw. könnte das ebensogut, alle anderen sind aber zu taktvoll dazu und — zu gut dienstlich gezogen». (Verfügung des Vorstandes der Stuttgarter Polizei, Gemeinderat Dr. Rettich, in Sachen der Polizeiassistentin Arendt vom 15. August 1907.)

Wohnungselend und Serblichkeit.

Der Tod hält in den Wohnquartieren der minderbemittelten Bevölkerung reiche Ernte. Die Zahl der Sterbefälle ist hier verhältnismäßig doppelt so groß als in Villenvierteln. Auf 1000 Einwohner berechnet, starben im Jahre 1910 im Zentrum der Stadt 16,09; in Neu-Ostheim (Staibenäcker) 17,18; in Gablenberg 18,33; in Gaisburg 18,59; in der Pragegend 19,41. Im Nordwesten hingegen starben von 1000 Einwohnern nur 11,10; süd-östliche und südliche Peripherie 10,99; im Süden 10,12; im Norden 9,37.

Noch krasser tritt dieses Verhältnis bei der Kindersterblichkeit in die Erscheinung. In Berg betrug die Säuglingssterblichkeit (auf die Zahl der Geburten berechnet) vom Hundert 24,6; im Zentrum der Stadt (Altstadt) 26,7; an der westlichen Peripherie 28,2; in Gaisburg 34,4. Im Osten hingegen ist die Kindersterblichkeit nur 10 vom Hundert, in Ost-Süd-Ost 6,8. Gewiß wirken auch andere Faktoren als das Wohnungselend zur Erhöhung der Sterblichkeitsziffer mit: Not, Arbeitslosigkeit, Mangel an Körperpflege, aufreibende und ungesunde Arbeit usw. Daß aber die Wohnungsverhältnisse in erster Linie mit die Sterblichkeitsziffer bestimmen, beweist Ostheim.

Ostheim, eine Schöpfung des hochverdienten Menschenfreundes Hofrats Ed. v. Pfeiffer⁴, weist eine Bevölkerung ähnlicher sozialer Schichtung auf wie Gablenberg und Gaisburg: Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte, kleine Geschäftsleute usw. Die Arbeiterschaft herrscht vor. Sie macht rund 80 Prozent der Einwohner-



Schlafzimmer in Gaisburg.

schaft aus. In Gablenberg ist, wie bemerkt, die Sterbeziffer pro Tausend 18,33; in Gaisburg 18,59; in Ostheim hingegen nur 10,25. Die Kindersterblichkeit (Kinder im ersten Lebensjahr) ist in Gablenberg 17,1 vom Hundert, in Gaisburg 34,4; in Ostheim hingegen nur 6,4. Die weiträumige Bauweise in Ostheim, die den Zutritt von Licht und Luft in die Wohnungen gestattet, die Ersetzung der Mietkaserne

⁴ Eduard Gotthilf von Peiffer (1835-1921). Bankier, Sozialreformer und nationalliberaler Politiker der Deutschen Partei und erster jüdischer Landtagsabgeordneter in Württemberg. War treibende Kraft bei der Gründung des «Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen» und ab 1877 dessen Vorsitzender. (Informationen entnommen aus «seit 150 Jahren für Menschen» des Bau- und Wohnungsvereins Stuttgart.)

durch das Kleinhaus, die den elementarsten Anforderungen der Hygiene entsprechende Ausstattung der Wohnungen haben das Wunder zustande gebracht. Die Kindersterblichkeit insbesondere bildet einen Maßstab für die Wohnungsverhältnisse.



Richtstraße in Stuttgart.

Hunderte zarter Menschenknospen welken vor der Zeit dahin. Kaum hat sich das Auge dem Lichte erschlossen, kaum hat die Mutter das kleine hilflose Wesen ans Herz genommen, so stirbt es auch schon wieder dahin. Kein Mittel, keine Pflege will nützen. Vergeblich wacht die Mutter Nächte hindurch, vergeblich sucht sie das fliehende Leben zu halten. Alle Liebe, alle Aufopferung ist umsonst. Und die christliche Gesellschaft, die den herodianischen⁵ Kindermord mit Tränen der Rührung beklagt und dem sagenhaften königlichen Mörder Flüche ins Grab nachsendet, läßt diesen viel scheußlicheren Mord an ungezählten Men-

⁵ In der christlichen Weihnachtsgeschichte des Matthäusevangeliums läßt der König Herodes alle männlichen Kleinkinder in Bethlehem ermorden.

schenknochen stumpf und gleichgültig geschehen. Sie bringt es sogar fertig, die weinende Mutter mit der Behauptung trösten zu wollen: «Es ist Gottes Wille.» Ach nein, nicht «Gottes Wille» knickt so früh das junge Leben. Das Wohnungselend fordert diese Opfer. Schon Karl Marx stellte fest, «daß die Teuerkeit der Wohnungen im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Güte steht, und daß die Minen des Elends von Häuserspekulanten mit mehr Profit und weniger Kosten ausgebeutet werden als jemals die Minen von Potosi⁶».⁷

Jeder Kindersarg, der zum Friedhof hinausgetragen wird, bedeutet für den Besitzer der Mietkaserne eine Banknote mehr in seinem Geldschrank; jede Träne, die eine Mutter um ihr totes Kind weint, verwandelt sich zum Goldstück in der Kasse des Häuserspekulanten.

Ein eigenes Heim?

Es ist erklärlich, daß alle unter dem Wohnungselend Leidenden sich nach einem eigenen Heim sehnen. Eine anständige, den primitivsten Anforderungen der Hygiene entsprechende Wohnung, Licht, Luft und Sonnenschein, keine Mietssteigerung mehr, keine Streitereien mit Flurnachbarn, keinen Ärger über grobe Anmaßungen des Hausbesitzers, kein Wohnungswechsel, keine Angst vor der Exmission⁸ mehr, für die Kinder ein freier Tummelplatz, von dem sie nicht mit Schimpfreden fortgejagt werden können, vielleicht auch noch ein Gärtchen, in dem ein paar Küchengewächse und ein paar Blumen gezogen werden können — das ist das Ideal vieler Tausender, umglänzt von der Erinnerung an das längst verlorene Vaterhaus.

⁶ Die Minen von Potosí (Bolivien) waren auf Grund enormer Ausbeutung so profitabel, dass viele europäische Silberminen geschlossen wurden.

⁷ Karl Marx, Das Kapital, 1. Band in der 39. Auflage 2008

⁸ Zwangsräumung einer Wohnung oder eines Grundstücks

Der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen⁹, die Baugenossenschaft Falterau¹⁰ bei Degerloch, Eigenheim Eßlingen und andere suchen die Wohnungsnot und das Wohnungselend durch den Bau von kleinen Wohnhäusern, die von Minderbemittelten erworben werden können, zu lindern. Zwei bis vier Wohnungen enthält in der Regel solch ein Häuschen, das oft durch eine durchgehende Wand in ein Doppelhaus geteilt ist. Vorbildlich für die Erwerbung dieser Häuschen sind die Bedingungen des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Jeder unbescholtene¹¹ Mann kann sich zur Anwartschaft auf ein Haus melden; er muß dann nur die Verpflichtung übernehmen, regelmäßig vierteljährliche Anzahlungen (zumeist 25 Mk., also 100 Mk. im Jahr) zu machen. Die eingezahlten Beträge werden ihm zu 3½ Prozent mit Zins aus Zins gutgebracht. Außerdem wird dem Anwärter die Rente, welche das Haus nach Abzug der Unkosten (Steuern usw.) jährlich abwirft, gutgeschrieben und mit 4 Prozent verzinst. Sobald die Einlagen zusammen mit den Überschüssen aus dem Hause ein Drittel der Kaufsumme betragen, erfolgt die Eigentumsübergabe.

Um zu verhüten, daß die Häuser früher oder später der Spekulation verfallen oder sonst ihrem gemeinnützigen Zweck entfremdet werden, wird beim Verkauf ein dingliches Recht in die öffentlichen Bücher eingetragen, daß ohne Zustimmung des Vereins weder der Garten überbaut, noch ein weiteres Stockwerk auf das Haus aufgesetzt werden darf, und außerdem behält sich der Verein das Recht auf Rückerwerbung des Hauses zu dem ursprünglichen Verkaufspreis für den Fall vor, daß es weiter veräußert werden will.

Der Verein hat jedoch von vornherein davon abgesehen, sämtliche Häu-

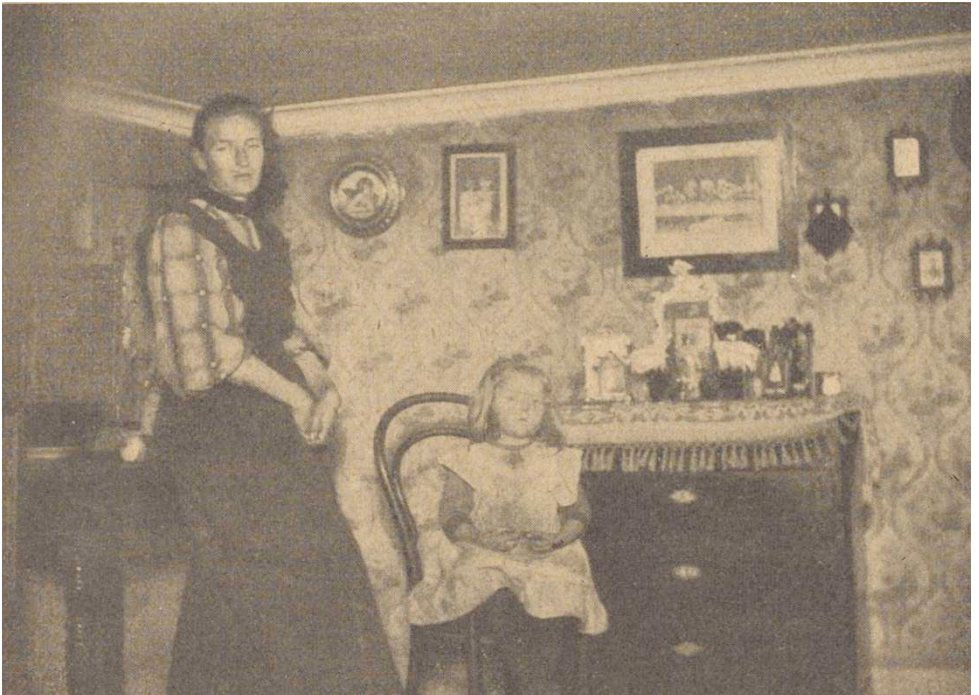
⁹ Heutiger Bau- und Wohnungsverein (BWV)

¹⁰ 1910 gegründet als «Gemeinnützige Baugenossenschaft für Einfamilienhäuser Stuttgart». 1930 Umbenennung in «Gemeinnützige Baugenossenschaft Falterau, Stuttgart Degerloch» bis sie 1971/72 aufgelöst wurde. (vgl. C. Simon-Philipp Hrsg., 2017: WohnOrte2. 90 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 bis 2017 - Entwicklung von Perspektiven. Karl Krämer Verlag, Stuttgart.

¹¹ 'Anständige' Person, die keine Konflikte mit dem Gesetz hatte.

ser zu veräußern, vielmehr einen Teil derselben dauernd in seinem Besitz behalten, um regulierend auf die Höhe der Mietansätze einwirken zu können. Die größeren Eckhäuser, in welchen auch die für die Kolonie Ostheim erforderlichen Gewerbebetriebe, wie Bäckereien, Metzgereien, Wirtschaften usw., untergebracht sind, hat der Verein in eigener Verwaltung behalten, um sich einen bleibenden Einfluß auf diese Geschäfte zu sichern und dafür Sorge zu tragen, daß die Bewohner der Kolonie gut bedient und die Wirtschaften stets in geordneter Weise betrieben werden.

Den gemeinnützigen Bestrebungen der Baugenossenschaften tatkräftige Hilfe angedeihen zu lassen, sei es durch Überlassung von Baugrund im Erbbaurecht oder durch Übernahme der zweiten Hypothek zu mäßigem Zinsfuß, durch Bürgschaft bei der Versicherungsanstalt, Entgegenkommen bei Anlage der Stra-



Wohung in Cannstatt, 1,8 Meter hoch.

ßen und Plätze, der Kanalisation, Gas- und Wasserleitung usw., ist Pflicht der Stadtgemeinde. Das Ideal, jeder Familie ein eigenes Häuschen zu schaffen, ist aber unerreichbar. Trotz vorteilhafter Erwerbung des Baugrundes hat auch der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen davon absehen und sich mit dem Zwei-, Drei- und Vierfamilienwohnhaus begnügen müssen. Der Baugrund war zu teuer für das Einfamilienwohnhaus.

Der Masse der Minderbemittelten, das heißt gerade jener Schicht, die am schwersten unter dem Wohnungselend leidet, bleibt die Erwerbung eines Eigenheims auch unter den günstigen Bedingungen der Baugenossenschaften versagt. Ihr fehlen die Mittel. Der häufige Wechsel der Arbeitsstelle, zeitweise Arbeitslosigkeit und andere Umstände machen den Erwerb unmöglich. Aber auch die besser bezahlten Arbeiter, Beamte und Angestellte schrecken vielfach vom Erwerb eines Eigenheims zurück. Eine Versetzung oder ein notwendig gewordener Wechsel der Arbeitsstelle kann den Besitz eines Häuschens zur drückenden Last machen. Eisenbahn- und Straßenbahnfahrt verteuert das Wohnen ungemein, die knappe Freizeit muß auf dem Weg zur und von der Arbeitsstätte zugebracht werden. Das Gebundensein am Ort, das Bestreben, das kleine Besitztum sich zu erhalten, verhindern den möglichst vorteilhaften Verkauf der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt, lähmt die energische Vertretung der eigenen Interessen gegenüber dem Interesse des Unternehmers. Nicht ohne besondere Absichten machen manche Unternehmer in «Sozialpolitik», bauen, vermieten oder verkaufen sie Wohnhäuser an «ihre» Arbeiter. Der Unternehmer will die Arbeiter an den Betrieb fesseln, ihre Bewegungsfreiheit aufheben, ihren Widerstand gegen die größtmögliche Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auf ein Minimum einschränken. Daraus erklärt sich die Abneigung vieler Arbeiter gegen den Erwerb eines eigenen Häuschens.

Was kann und soll die Gemeinde Stuttgart gegen das Wohnungselend tun?

Die Wohnungsfrage ist eine Grund- und Bodenfrage. Mit ihr steht und fällt sie. John Stuart Mill¹² sagte einmal:

«Kein Mensch hat den Boden gemacht. Er ist die ursprüngliche Erbschaft des ganzen Menschengeschlechts. Seine Aneignung ist ganz und gar eine Frage der allgemeinen Nützlichkeit. Wenn Privateigentum in Grund und Boden dem allgemeinen Wohle nicht dienlich, so ist es ungerecht. Der Staat hat die Freiheit, über das Grundeigentum zu verfügen, wie es das allgemeine Interesse der Gesellschaft erheischen mag.»

Und an anderer Stelle:

«In keiner vernünftigen Theorie des Privateigentums ward es je beabsichtigt, daß der Grundeigentümer nichts als ein auf dem Grundeigentum einquartierter Pfründner¹³ sein soll. Wenn sich das Grundeigentum auf diesen Fuß gestellt hat, so hört es auf, haltbar zu sein, und die Zeit ist gekommen, neue Anordnungen zu treffen».

Die Zeit, «neue Anordnungen zu treffen» und das Grundeigentum in den Besitz der Gesamtheit zu überführen, dem ganzen Menschengeschlecht seine ursprüngliche Erbschaft zurückzugeben, ist allerdings gekommen. Das Privateigentum am Boden ist unvereinbar geworden mit dem allgemeinen Wohl. Trotzdem wird der Staat, die Herrschaftsorganisation der Besitzenden, zu diesem Radikalmittel nicht greifen. Erst wenn das arbeitende, von Grund und Boden losgelöste Volk die politische Macht erobert hat, wird auch die Wohnungsfrage, ein Teil der allgemeinen sozialen Frage, seine dauernde Lösung finden.

¹² Einflussreichster englischsprachiger liberaler Philosoph des neunzehnten Jahrhunderts. Zu seinen Wichtigsten Werken zählen unter anderen «System of Logic» (1843), «On Liberty» (1859) und «Utilitarianism» (1861). (Informationen entnommen aus der Stanford Encyclopedia of Philosophy).

¹³ In diesem Kontext beschreibt es eine Person, die ein passives Einkommen durch den Besitz und die Vermietung von Wohnungen hat.

Zur Linderung der Wohnungsnot können aber Staat und Gemeinde auch heute schon beitragen. Die Vertreter der Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Gemeindeverwaltung haben stets und immer in diesem Sinne gewirkt. Die neue Bauordnung Württembergs zum Beispiel ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg dieser Arbeit, dessen Bedeutung und Tragweite erst in Jahren voll gewürdigt werden wird.

Der Zweck dieses Schriftchens ist nicht, die Aufgaben des Staates auf diesem Gebiet zu erörtern. Im engen Rahmen einer kleinen Broschüre lassen sich auch die Verpflichtungen der Gemeinde im allgemeinen nicht einmal skizzieren. Die Frage, die hier kurz beantwortet werden soll, lautet: «Was kann Stuttgart unter den gegebenen Verhältnissen und mit seinen Mitteln tun, um das Wohnungselend zu lindern?»

Aber auch in dieser Beschränkung läßt sich einiges nur andeuten, anderes nur erwähnen.



Eine Zweizimmerwohnung.

Unser Gemeindeprogramm verlangt in bezug auf den Bebauungsplan:

«Beobachtung der volkshygienischen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Momente bei Aufstellung des Bebauungsplans mit dem Ziel, in den Wohnquartieren eine größere Weiträumigkeit der Bebauung zu sichern, die Mietkaserne als die niedrigste Wohnform zu bekämpfen und den Kleinbau zu fördern.

Durchführung der Ortserweiterungen allein durch die Gemeinde. Zu diesem Zweck Erwerb und Aufschließung der Erweiterungsgebiete seitens der Gemeinde mittels eines erweiterten Enteignungsrechtes, das den notwendigen Schutz gegen zu hohe Abschätzungen der Entschädigungssummen gewährt.»

Von der Bauordnung wird verlangt:

«Abstufung der Bauweise unter Berücksichtigung der volkshygienischen und sozialpolitischen Momente, insbesondere in den Wohnquartieren; daher eine größere Beschränkung der Häuserhöhe, der Zahl der Stockwerke und Überbauungsgrades der Grundstücke. Festsetzung einer Minimalgröße für Wohn- und Schlafräume.»

Eine sehr wichtige Forderung ist die einer rationellen Grund- und Bodenpolitik mit dem Ziele, der Wertsteigerung des Grund und Bodens entgegenzuwirken. Als Mittel zu diesem Zweck werden genannt:

«1. Erhaltung des Gemeindebesitzes, Vergebung des im Besitz der Gemeinde befindlichen Grund und Bodens in Erbbaurecht.

2. Umfassende Erwerbungen von Grund und Boden, um einen bestimmenden Einfluß auf den Grundstücksmarkt zu gewinnen.»

Hierzu ein paar Bemerkungen.

Die Gemeindemarkung Groß-Stuttgart umfaßt rund 6500 Hektar, davon rund 1200 Hektar Staats- und Gemeindewald. Ein Viertel der Grundfläche etwa ist in städtischem Besitz, zum größten Teile Wald, der für Bebauungszwecke ausscheidet. Der Wald in seiner Einsamkeit und in seinem Frieden bildet ein unschätzbares und unersetzliches Gut, das unseren Nachkommen unversehrt zu überliefern heiligste Pflicht ist.

Zieht man vom städtischen Grundbesitz noch ab die Anlagen, öffentlichen Plätze und Straßen, weiter das für industrielle Ansiedelung bestimmte Areal, so bleibt nicht zuviel übrig. Die Stadt hat in der Tat allen Grund, ihren Besitz zu mehren. Aber dagegen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit, daß die Stadtverwaltung den zu Bauzwecken geeigneten Grund zurückhält, um auch ihrerseits an der allgemeinen Wertsteigerung zu profitieren und Spekulationsgewinne einzustreichen. Sie steigert dadurch die Wohnungsnot, statt sie zu mildern.

Wohnungsbau.

Unser Programm verlangt:

«**1.** Bau von Wohnungen für die im Gemeindedienst beschäftigten Unterbeamten und Arbeiter, wobei diese gegen das Entstehen neuer Abhängigkeitsverhältnisse aus dem Mietverhältnis mit der Gemeinde zu schützen sind.

2. Unterstützung der gemeinnützigen und der baugenossenschaftlichen Tätigkeit, soweit sie auf der Grundlage des Gesamteigentums steht, durch Überlassung von Gemeindegrund in Erbbaurecht, durch Übernahme von Garantieverpflichtungen zu ihren Gunsten und Gewährung von Darlehen für zweite Hypotheken.»

Diese Forderungen zu erläutern ist unnötig. Ihre Berechtigung wird ernsthaft kein ehrlicher Kommunalpolitiker bestreiten. Die beiden letzten Forderungen unseres Programms zum Wohnungswesen verlangen aber eine kurze Besprechung. Es sind diese beiden:

«**1.** Bau von Wohnungen durch die Gemeinde und Verwertung derselben zu Mietpreisen, durch die unter Verzicht auf die Ausnützung der steigenden Grundrente nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden. Förderung der Einrichtung von Mietgenossenschaften und Übertragung der von der Gemeinde erbauten Wohnungen zur Verwaltung an diese.

2. Planmäßige Ausnützung der lokalen Verkehrseinrichtungen für die Aufgaben der Wohnungspflege, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Dezentralisation der Siedelung.»

Bau von Wohnungen durch die Gemeinde.

Auf Veranlassung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart hat die sozialdemokratische Rathausfraktion an die Stadtverwaltung beziehungsweise an die bürgerlichen Kollegien einen Antrag gestellt, dessen Kern ist:

Die Stadtverwaltung erhält den Auftrag:

«Die Erstellung von Kleinwohnungen durch die Gemeinde auf eigenem Grund und Boden sofort in Angriff zu nehmen und planmäßig fortzuführen. Die Mieten dieser Wohnungen sind nach den Herstellungskosten unter Zuschlag einer mäßigen Verzinsung und Tilgung durch die Gemeindeverwaltung festzusetzen.

Baugenossenschaften und gemeinnützigen Gesellschaften, die Kleinwohnungen erstellen, ohne einen Erwerbzweck zu verfolgen oder einen Gewinn daraus zu ziehen, möglichst weitgehende Unterstützung und Förderung zuzuwenden.»

Zur Durchführung dieser Aufgaben wird ein Fonds gegründet, dem zunächst der bei der letzten Etatsberatung aus Restmitteln vorgesehene Betrag von 500 000 Mark zugewiesen wird. Außerdem erhält die Stadtpflege den Auftrag, in das nächste Anlehensprogramm einen **Betrag von fünf Millionen Mark** einzustellen, der ebenfalls diesem Fonds zuzuweisen ist. Diese Anträge sind in Kommissionsberatung genommen.

Um diese Forderungen abzuwehren, werden die bürgerlichen Parteien kein Mittel unversucht lassen, denn ihr heiligstes Gut, ihr Profit ist bedroht. Ein paar der Einwände, die gegen unsere Forderung erhoben werden, seien hier kurz gewürdigt:

Man sagt, die Gemeinde habe sich von derartigen wirtschaftlichen Unternehmungen fernzuhalten. Eine Betätigung der Gemeinde auf diesem Gebiet

lähme die private Bautätigkeit und verschlimmere so das Übel, statt es zu lindern.

Dieser Einwand ist ein alter Bekannter. Er wurde schon vor Jahrzehnten erhoben gegen die Übernahme anderer Betriebe in städtische Regie: Elektrizitätswerk, Gaswerk, Straßenbahn usw. Man überließ diese Betriebe dem Privatkapital zur Ausbeutung. Die Folge war, daß die Gemeinde um unschätzbare Werte geschädigt worden ist, daß sie mit schweren Opfern zurückkaufen mußte, was sie früher umsonst haben konnte. Der Schaden läßt sich teilweise überhaupt nicht mehr gut machen! Greifen wir einen Betrieb heraus, die Straßenbahn.

Die Bedeutung dieses Verkehrsmittels für die Gemeinde ist nachgerade auch dem Begriffsstutzigen klar geworden. In der Tat ist die Straßenbahn nicht nur als billiges Beförderungsmittel unentbehrlich, sie ist auch von außerordentlicher Bedeutung für die Boden- und Wohnungspolitik einer Gemeinde. Sie ermöglicht die Dezentralisation des Wohnungswesens, die Schaffung gesunder Wohnungszustände in den Außenbezirken und Vororten, die Aufschließung neuen Baugeländes und damit die Senkung des Mietpreises. Dazu ist allerdings erfor-



Schlafraum mit Holzzimmer in Stuttgart, Pfarrstraße.

derlich, daß auch zeitweilig unrentable Linien gebaut werden, denen die Besiedelung erst folgt, die das Gelände erst zum Baugrund umwandeln.

Diese Bedeutung der Straßenbahn für das kommunale Leben ist heute unbestritten. Einsichtige Kommunalpolitiker haben sie frühzeitig genug erkannt. Gerade die Parteien aber, die sich jetzt wieder mit Händen und Füßen gegen den Eigenbau von Wohnungen durch die Gemeinde wehren, haben seinerzeit auch die Straßenbahn mit geradezu gemeingefährlicher Leichtfertigkeit dem Privatkapital zur Ausbeutung ausgeliefert. Nationalliberale und Konservative waren es, die ihre Herrschaft auf dem Rathaus dazu ausnützten, eine Erwerbsgesellschaft zu bereichern und die Gemeinde in unverantwortlicher Weise zu schädigen. Aus dem der Stadtverwaltung erstatteten vertraulichen Gutachten des Dr. phil. et jur. J. Kollmann, Ingenieur, über den Vertrag der Straßenbahngesellschaft mit der Stadt vom 22. August 1889 und den Nachträgen dazu (das Gutachten datiert vom 30. Dezember 1903) seien nur folgende Sätze hervorgehoben:

«Wenn auch keineswegs verkannt werden soll, daß es nach der ganz allgemein in allen Großstädten gemachten Erfahrung kaum jemals gelingen wird, in einem auf mehrere Jahrzehnte hinaus gültigen Konzessions- oder Straßenbenützungsvertrag die künftige Entwicklung der örtlichen Verkehrsverhältnisse nach allen Seiten hin richtig zu beurteilen und der Stadtverwaltung eine dieser Entwicklung jederzeit entsprechende freie Stellungnahme zu ermöglichen, so muß doch bezüglich des vorliegenden Vertrags und seiner Nachträge festgestellt werden, daß in der augenscheinlichen Hast der Verhandlungen nicht allein die künftige Verkehrsentwicklung und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Pflichten der Stadtverwaltung, sondern auch die offenbar gewollten Rechte der Stadtgemeinde bezüglich ihres klaren Ausdrucks vernachlässigt worden sind.... Die durch den Vertrag begründeten Rechte der Stadtgemeinde sind im Vergleich zu anderen Großstädten von geringer Bedeutung.» (Folgt eine vernichtende Kritik der Vertragsbestimmungen.)



Küche, lichtlos, einem Tunnel gleichend.

Der erste Teil des Gutachtens schließt alsdann:

«Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß der noch 27 Jahre laufende Konzessionsvertrag mit den Stuttgarter Straßenbahnen der Stadtgemeinde gerade in den wichtigsten Beziehungen keinerlei maßgeblichen Einfluß auf den gegenwärtigen Betrieb und ebensowenig auf den weiteren Ausbau des Straßennetzes gewährleistet und daß nur auf dem Rechtsweg unwesentliche Vorteile allenfalls erstritten werden können. Ganz besonders unsicher aber ist die rechtliche und tatsächliche Situation der Stadtgemeinde beim Ablauf des Konzessionsvertrags, es läßt sich bei den Zufälligkeiten eines Schiedsgerichts auch nicht mit nur einiger Sicherheit voraussagen, welche finanziellen Aufwendungen die Stadtgemeinde bei dieser vertragsmäßig festgelegten Übernahme der Straßenbahn zu machen haben wird. Auf alle Fälle aber werden diese Aufwendungen sehr bedeutend sein und weit über die Vorstellungen der Laien hinausgehen.»

Dieselben Leute, die diesen schmachvollen Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft schlossen und die Stadtgemeinde dauernd aufs schwerste geschädigt haben, dem Profitbedürfnis des Privatkapitals zu Ehren, dieselben Parteien bekämpfen jetzt den Eigenbau von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung Stuttgarts aufs wütendste. Wiederum wollen sie die Auswucherung des arbeitenden Volkes durch das Spekulantentum verewigen, wollen sie die Ausbeutung des Wohnungselends durch Boden- und Bauspekulanten für alle Zeiten sicher stellen.

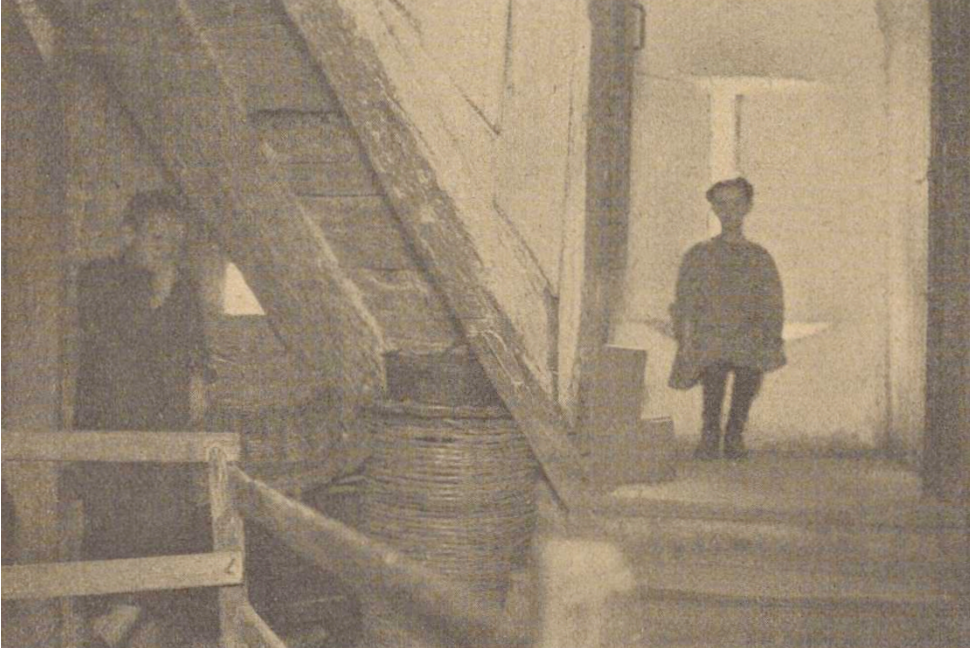
Andere Städte — Ulm, München, Freiburg i. B., Zürich usw. - sind zum Eigenbau von Wohnungen übergegangen, sie haben viele Millionen aufgewendet, nicht vergeblich. Überall ohne Ausnahme hat sich der Eigenbau von Wohnungen bewährt. Es hat sich gezeigt, daß all die Einwände, die gegen diese Maßnahme erhoben wurden, hinfällig sind. Ohne Verlust an Zins oder Kapital haben die Gemeinden nicht nur ihre Armenkasse von großen Lasten befreit, sondern auch viel Elend, materielles und geistiges, gelindert, Gesundheit und Arbeitskraft der minderbemittelten Bevölkerung vor mancher Schädigung bewahrt, der sittlichen Verderbnis wirkungsvoller entgegengearbeitet, als alle Sittlichkeitskongresse zusammengenommen. **Darum Eigenbau von Wohnungen für die gesamte minderbemittelte Bevölkerung, nicht nur für städtische Arbeiter und Angestellte!**

Eine Stadtverwaltung über den Eigenwohnungsbau.

Die Stadt Freiburg i. B. hat bereits 1862/63 einen Versuch mit dem Bau eigener Wohnungen unternommen und ihn im Jahre 1886 fortgesetzt. Im Mai 1909 gelangte eine neue Vorlage des Stadtrats über den Bau von Eigenwohnungen zur Beratung. Zur Begründung der Vorlage führte der Stadtrat unter anderem aus:

«Im Hinblick auf den Umstand, daß seit der letzten großen öffentlichen Erörterung im Jahre 1898 eine längere Reihe von Jahren verflossen ist, soll aber bei dieser Gelegenheit die große Frage der Kleinwohnungen überhaupt und insbesondere die Erstellung derselben durch die Gemeinde einer abermaligen eingehenden Erörterung unterzogen werden. Bekanntlich ist inzwischen manche Seite

dieser Frage, welche noch vor 10 Jahren schwer umstritten war, durch vielseitige Verhandlung der ganzen Angelegenheit in der Presse, in der Fachliteratur, in den Parlamenten usw. so geklärt worden, daß es nur einer kurzen Hinweisung auf die Ergebnisse jener Erörterungen zu bedürfen scheint. Während vor allem früher das ganze Prinzip und die Frage am meisten bestritten wurde, ob es überhaupt Sache der Gemeinde als solcher sei, derartige Wohnungen aus Gemeindemitteln zu erstellen, so herrscht wohl heute darüber allseits Übereinstimmung, daß es nicht nur keinen Bedenken unterliegt, sondern daß es sogar Pflicht der Gemeinde ist und ihrer schönsten Bestimmung entspricht, wenn sie gegebenenfalls auf diesem hochwichtigen und die Allgemeinheit tief berührenden Gebiet durch eigene Tätigkeit eingreift. Es gibt jetzt eine ganze Reihe von deutschen Gemeinden, welche sich in dieser oder jener Form auf dem erwähnten Gebiet betätigt haben, und ist, um nur ein bedeutsames Beispiel anzuführen, erst vor kurzem die Stadt München in die Reihe der selbstbauenden Städte eingetreten. Sogar die Gesetzgebung und Staatsverwaltung hat sich da und dort veranlaßt gesehen, helfend und fördernd einzugreifen. Blicken wir aber über die deutsche Grenze hinweg auf das Ausland, so sehen wir, daß gerade in dem Lande, in welchem früher dem Grundsatz der ausschließlichen Betätigung der Privatinitiative gehuldigt wurde, nämlich in England, in fast allen großen Städten, wie London, Liverpool und anderen der reine Gemeindebau immer mehr Anhänger sich zu verschaffen gewußt hat. Mit Genugtuung dürfen wir auch feststellen, daß in unserer direkten Nachbarschaft, in der Schweiz, mit welcher wir auf sozialem Gebiet in regem und fruchtbarem Ideenaustausch stehen, das Beispiel des Gemeindeeigenbaus eine bemerkenswerte Anerkennung gefunden hat. Der Große Rat der Stadt Zürich hat im vorigen Jahre die Summe von 2½ Millionen Franken zur Erbauung derartiger Kleinwohnungen genehmigt, und scheint man, da in den Blättern der allerjüngsten Zeit eine neue Vorlage mit einer Kreditforderung von 5 151 000 Franken für zwei-, drei-, vier- und fünfzimmerige Wohnungen mitgeteilt wird, dort entschlossen zu sein, sofern gute Erfahrungen gemacht werden, auf dieser Bahn noch weiter fortzuschreiten.



Treppenhaus im Schellenturm Stuttgart.

Daß aber das letztere wirklich der Fall sein wird, bezweifeln wir nicht im geringsten. Das System des Eigenbaus durch die Gemeinde darf eben bei unserer Selbstbeschränkung als ein sowohl den Zeitverhältnissen als auch der heutigen Ausgestaltung des kommunalen Gedankens entsprechendes bezeichnet werden. Zwar ist es nicht zu bestreiten, daß die Gewinnung eines ganz eigenen, wenn auch bescheidenen Hauses, das Ideal der meisten Menschen ist, welchem sie unter den schwersten Opfern entgegenstreben. Auch wir helfen gerne, damit es einem möglichst großen Kreise von Bewohnern möglich werde, dieses schöne Ziel zu erreichen. Aber man täusche sich nicht! Die Verteuerung des Grund und Bodens und aller Baumittel ist allmählich eine so bedeutende geworden, daß es eben den meisten zeitlebens unmöglich werden wird, ein eigenes Heim dieser Art zu erwerben. Es ermöglicht dann der Bau durch die Gemeinde, daß ein Zustand geschaffen werde, welcher dem des Eigenbesitzes wenigstens in gewisser Beziehung nahekommen geeignet ist. Wer unter dem Gemeindedach wohnt und sei-

nen gewiß nicht harten Verpflichtungen nachkommt, sitzt in seiner Wohnung so sicher als mancher Eigentümer, vor welchem er vielleicht manchmal noch den Vorzug hat, daß er mit allen jenen Sorgen verschont bleibt, durch welche dieser beschwert ist. Wir haben denn auch in den Freiburger Wohnungen einen verhältnismäßig kleinen Wechsel der Mieter festzustellen und können im Gegenteil eine



Treppenhaus mit Küche im Schellenturm in Stuttgart.

Reihe von Bewohnern anführen, welche schon von den ersten Zeiten an sich in der städtischen Wohnung befinden.

Der Gemeindebau und die Verwaltung der geschaffenen Wohnungen vollzieht sich in den einfachsten Formen. Der Verwaltungsapparat ist kein großer, die Unannehmlichkeiten der Verwaltung sind verschwindende, weil dank der Zufriedenheit der Bewohner im großen und ganzen wenig Schwierigkeiten geschaffen werden. Der Gemeindebau vollzieht sich ohne Opfer seitens der Stadtkasse, denn wie aus den Anlagen ersichtlich ist und wie auch gefordert wer-

den muß, deckt die Mietzinseinnahme die Kosten der Verzinsung des Baukapitals, der Unterhaltung und des Ausfalls durch Leerstehen bis zu einem Grade, daß noch ein kleiner Überschuß für allmähliche Amortisierung der Bauschuld übrig bleibt.

Auf der anderen Seite hat es auch nicht an Einwürfen gefehlt und besteht der verbreitetste darin, daß dem Privatbaugewerbe durch derartige Erstellungen eine nicht zu rechtfertigende Konkurrenz gemacht werde.

Demgegenüber wiederholen wir aus den Verhandlungen früherer Jahre die Tatsache, daß bei so vorsichtigem Vorgehen, wie wir es bis jetzt betätigt haben, dem Baugewerbe nicht nur keine Konkurrenz bereitet, sondern unter Umständen eine Unterstützung zuteil wird. Wenn unter der Gesamtheit der Freiburger Wohnungen, welche schon der Zahl 20 000 entgegengelt, einige Hundert sind, welche die Stadt selber baut, und eine weitere Anzahl, deren Erbauung durch Privatvereine sie unterstützt, so kann doch hierin keine unangenehme oder gefährliche Konkurrenz erblickt werden. Das Baugewerbe ist gewiß imstande, auch



Schlauffraum und Holzkammer.

Wohnungen, wie sie hier verhandelt werden, zu erstellen und im Kurs zu erhalten, aber ebenso sicher ist, daß das Baugewerbe in manchem Zeitpunkt speziell solche Häuser, wie wir sie erstellen, nicht mit Vorliebe bauen würde und könnte. Solche Häuser mit vielen kleinen Mietwohnungen sind nicht leicht verkäuflich und sind deswegen auch oft kein Gegenstand des gewerblichen Bestrebens der Bauunternehmer.

Der Zweck der Stadt und des Privatbaugewerbes deckt sich in der vorliegenden Frage nicht vollständig. Während selbstverständlich der Bauunternehmer auch bei derartigen Bauten einen Unternehmergewinn erzielen und unter Umständen auf baldigen Verkauf abheben muß, hegt die Gemeinde eine derartige Absicht durchaus nicht. Sie will auf dem Gebiet des Wohnungswesens vor allem vorbildlich und gemeinnützig wirken und die Strömungen und Stauungen auf dem Wohnungsgebiet, welche mit den geschäftlichen Fluktuationen verbunden sind, nach Tunlichkeit auszugleichen versuchen. Sieht sie, daß durch das Privatgewerbe im Wohnungswesen allen berechtigten Ansprüchen entsprochen ist, so wird sie langsamer vorgehen, andernfalls wird sie Beschleunigung eintreten lassen, wenn Mißstände zu befürchten sind. Mit Befriedigung können wir daher feststellen, daß wenigstens bisher keine nennenswerte Klage zugekommen ist, daß sich irgend ein Bauunternehmer durch das Vorgehen der Stadt geschädigt gefunden hat.

Ein weiterer Einwurf besteht darin, daß derartige kommunale Häuser durch die Meister schlecht behandelt, teilweise sogar verwahrlost werden. Wir müssen dieses Vorbringen, da es ursprünglich unter den deutschen Städten sehr verbreitet gewesen zu sein scheint, geradezu als ein unbegründetes Vorurteil bezeichnen. Im Gegenteil müssen wir hervorheben, daß das Bestreben der Stadt, ihre Kleinwohnungen immer in gutem baulichen Zustand zu erhalten, seitens der Bewohner im allgemeinen in der erfreulichsten Weise gewürdigt worden ist.»

Schlußwort.

Die Hausbesitzer und Terrainspekulanten, denen das Wohnungselend und der Bodenwucher goldenen Gewinn abwirft, werden im Wahlkampf um die Gemeinderatsmandate vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihren Einfluß auf die Gemeindepolitik zu festigen und zu vergrößern. Sie werden dem Bestreben der Sozialdemokratie, das Wohnungselend zu mildern, den äußersten Widerstand entgegensetzen. Zu dem Zweck werden sie und ihre Helfershelfer die Sozialdemokratie und deren Kandidaten verlästern und verleumdern. Sei es drum.

Die Gemeindewähler Stuttgarts haben es in der Hand, dem Wohnungselend ein Ende zu machen. Der sozialdemokratische Stimmzettel ist der wirksamste Protest gegen die Auswucherung der minderbemittelten Bevölkerung durch Haus- und Bodenspekulanten. Die Verstärkung der sozialdemokratischen Vertretung auf dem Rathaus wird die Lösung der Wohnungsfrage um ein gutes Stück fördern. Darum tue jeder am Wahltag seine Pflicht! **Krieg dem Wohnungselend! Krieg dem Wohnungswucher, seinen Schützern und Nutznießern!**

45 Filippo Capezzone **Keine Profite mit der Miete!** **die Forderung bleibt aktuell**

Natürlich hat sich in der Stuttgarter Wohnungswirtschaft seit 1911, dem Jahr als Friedrich Westmeyer vom «Wohnungs-elend in Stuttgart» schrieb, vieles geändert. Das zeigt schon der banale Blick auf alte Stadtpläne, z.B. die von 1908 oder 1915, die auf der Internetseite der Stadt Stuttgart einsehbar sind¹. Der Bauaufschwung der Zwischenkriegszeit, der charakteristische innerstädtische Arbeiterquartiere wie den Raitelsberg im Osten hervorbrachte (Simon-Philipp 2017), stand erst noch bevor. Erst recht lag die Bebauung der um 1910 noch agrarisch genutzten Flächen jenseits des Stuttgarter Talkessels durch die Trabantenstädte der zweiten Nachkriegszeit (wie im Lauchhau oder der Fasanenhof) noch in weiter Ferne und damit auch die Verfünffachung der Zahl der Wohnungen im Laufe des letzten Jahrhunderts (von ca. 65.000 auf heute ca. 310.000).

«Grauensvolle Wohnzustände» und «Wohnhöhlen», in denen «Menschen kaum exis-

tieren können» (S. 19 in diesem Heft) und die unter anderem eine hohe Kindersterblichkeit hervorbringen sind im heutigen Stuttgart nicht mehr die Regel. Aber auch heute kommt es häufig genug vor, dass Vermieter auf Kosten der Gesundheit der Mieterinnen und Mietern an der Instandhaltung sparen. Auch einem «Schlafbur-schen» wird heute kaum jemand ein einzelnes Bett in der eigenen Mietwohnung vermieten, um das dürftige Haushaltsein-kommen aufzubessern. Andererseits sind viele Wohngemeinschaften im Stuttgart der Gegenwart durch hohe Mieten er-zwungen. Anhand der Verteilung der pro-Kopf Wohnfläche in unterschiedlichen Stadtteilen lässt sich beobachten, wie är-mere Bevölkerungsteile auch heute noch in beengteren Verhältnissen leben. Den knapp 2.500 Einwohner*innen in einem der ärmsten Stadtteile, der «Heilbronner Straße», standen 2020 pro Kopf 26 m² zur Verfügung – weit unter dem gesamtstäd-tischen Durchschnitt von 40 m².

¹ <https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/dts/>

Westmeyers Beschreibung ähnelt den heutigen Zuständen auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt am meisten beim Grad der ökonomischen Belastung der Haushalte durch die Miete: Wenn Westmeyer vorrechnet (S. 17), dass der Haushalt eines städtischen Angestellten mindestens 27 Prozent des Monatslohns für die Miete aufwenden muss, dann ist das im Großen und Ganzen das Ausmaß der Wohnkostenbelastung, das wir auch heute vorfinden. Auch heute geben Haushalte mit einem Prokopfeinkommen zwischen 1.300 und 2.000 Euro 40 Prozent für die Kaltmiete samt Betriebskosten aus. Im ärmsten Drittel der Haushalte mit weniger als 1.300 Euro geht die Belastung gegen 60 Prozent (Landeshauptstadt Stuttgart 2023). Kranken- und Altenpfleger*innen, Busfahrer*innen – um nur einige Berufsgruppen zu nennen – wenden in Stuttgart oft einen Anteil ihrer Gehälter für die Wohnkosten auf, der jenseits der Schmerzgrenze liegt. Die Mieten in Stuttgart sind auch heute Ursache für Armut und Verschuldung!

Warum ist das so?

Es kann hilfreich sein, sich die wohnungspolitischen Forderungen im letzten Drittel von Westmeyers Text genauer an-

zusehen. Man taucht dort in eine tagesaktuelle Debatte ein, in der der Autor stellvertretend für die damaligen Stuttgarter Sozialisten den Einstieg in den gemeindeeigenen Wohnungsbau fordert: Statt die Schaffung von Wohnraum privaten und gewinnorientierten Bauherren zu überlassen, müsse die Gemeinde selbst bauen und vermieten. Die Mieten sollten sich an den Bau- und Bewirtschaftungskosten orientieren und nicht an der Gewinnerzielung aus der Vermietung (S. 32). Zudem wäre es wichtig, dass die Stadt mehr und mehr Flächen unter ihre Kontrolle bringt und Flächen nur in Erbpacht an gemeinnützige Wohnbaugesellschaften abgibt (S. 32).

Mit der Umsetzung dieser Programmatik, so die Hoffnung, könne der kapitalistische Wohnungsmarkt zurückgedrängt und auf die Mieten dämpfend eingewirkt werden. Diese Hoffnungen sind anderenorts – Erhard Korn hat im Vorwort auf die Wohnungspolitik des «Roten Wien» verwiesen – durchaus auch in Erfüllung gegangen, wo ein ähnliches Programm umgesetzt wurde. Was geschah in Deutschland bzw. was geschah in Stuttgart?

Westmeyers Verweis auf andere deutsche Städte wie z.B. Freiburg (S. 37), die bereits dem geforderten Weg des kommunalen Wohnungsbaus folgten, zeigt, dass der städtische Gemeindebau in der Tendenz «im Kommen» war – erzwungen durch das rasante Wachstum der Städte und die Notwendigkeit, für die Arbeiterklasse bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Tatsächlich begann auch die Stadt Stuttgart nach dem ersten Weltkrieg mit der Erstellung von gemeindeeigenen Wohnungen (auch wenn der Wohnbau dort nicht wie im «Roten Wien» durch eine Reichensteuer mitfinanziert wurde). Von der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bis zum Ende der Weimarer Republik erbaute die Stadt Stuttgart z.B. jeweils 500 Wohnungen im Hallschlag (Cannstatt) und der Inselsiedlung (Wangen), ca. 800 Wohnungen im Raitelsberg (Ost), 150 Wohnungen im Wallmer u.s.w. (Untertürkheim) (Simon-Philipp, 2017).

Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden dann große Wohnsiedlungen, bei denen die Stadt meist gemeinsam mit einer Vielzahl von Genossenschaften und zum Teil gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften als Bauherrin auftrat (ebenda). So zum

Beispiel in den Trabantenstädten der äußeren Stadtbezirke (Freiberg, Fasanenhof, Neugereut, u.a.). In der zweiten Nachkriegszeit löste die 1933 gegründete Stuttgarter Siedlungsgesellschaft, SSG, (eine GmbH im vollständigen Eigentum der Stadt) den Eigenbau durch die Stadt selbst nach und nach ab. Schließlich wurden im Jahr 1986 die immerhin 8.000 Wohnungen, die die Stadt Stuttgart als Gemeindebauten seit dem ersten Weltkrieg erbaut hatte, per Gemeinderatsbeschluss an die SSG übertragen (die bereits 1969 in SWSG umbenannt wurde, wie sie auch heute noch heißt). Diese Gesellschaft ist heute potenziell immer noch ein wohnungspolitisches Werkzeug der Kommune, jedoch folgt ihre Bewirtschaftungsstrategie überwiegend der anderer privater Wohnbaugesellschaften (mit jährlichen Millionenüberschüssen aus der Vermietung). In der Datenerhebung für den Mietspiegel aus dem Jahr 2021/22 wich der Mittelwert der frei-finanzierten Mieten der SWSG nicht signifikant vom Mittelwert aller Wohnungen in Stuttgart ab (Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart, 2021).

Abgesehen von mancher Kritik an der Geschäftspolitik auch der kommunalen Wohnbaugesellschaft, hat der durch die

öffentliche Hand und Genossenschaften kontrollierte Bestand in Stuttgart nie annähernd die Ausmaße wie in z.B. Wien erlangt (wo ca. 30 Prozent aller Wohnungen Gemeindebauten sind, vgl. Reinprecht 2018), so dass ein regulierender und preisdämpfender Einfluss auf den Wohnungsmarkt in Stuttgart ausblieb. Die Privatisierung größerer Wohnungsbestände in der jüngeren Vergangenheit, wie der Verkauf der Landesbanktochter LBBW Immobilien GmbH durch die Landesregierung von Grünen und SPD 2012, verringerten den öffentlich kontrollierten Anteil des Wohnungsmarktes. Die Privatisierung der Neckarwerke (früher Technischen Werke Stuttgart) im Jahr 2003 ist ein Beispiel dafür, wie die Stadt sich selbst die Kontrolle über riesige Grundstücksflächen entzog, die heute für den Wohnungsbau entscheidend wären, sich aber nun in der Hand der EnBW AG befinden.

Nach einer kurzen Phase stärkerer staatlicher Eingriffe nach dem zweiten Weltkrieg bewegte sich der wohnungspolitische Zug der Bundesrepublik auf einem Gleis der stetigen Liberalisierung des Wohnungsmarktes (Krummacher 1981). So entfielen 1968 auch in Stuttgart die

Mietobergrenzen im Altbau. Die Altbau-mieten, die bis dahin auf das Niveau von 1936 eingefroren waren, schnellten wie andernorts in die Höhe. Inzwischen gibt der Mietspiegel in den Altbauten der Stuttgarter Innenstadtbezirke locker 14 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete her – selbst bei unsanierten und noch mit Einzelöfen beheizten Wohnungen.

Das bundesrepublikanische System der sozialen Wohnbauförderung war von Anfang an so angelegt, dass die gedämpften Mietpreise, nach Auslaufen der öffentlichen Förderung, an die Marktmiete herangeführt werden. Heute gibt es in Stuttgart entsprechend nur noch 14.434 Sozialmietwohnungen – Anfang der 90er Jahre waren es noch etwa doppelt so viele.

Die am Mietspiegel orientierten Miete neu geschaffener Sozialwohnungen haben heute mit häufig über 9 Euro ein durchaus belastendes Niveau erreicht, das viele Mieter*innen wiederum mit Wohngeld aufbessern müssen. Überhaupt: Ohne das Wohngeld, das seit 1965 die «Mietzahlungsfähigkeit» ärmerer Haushalte zum Wohle der Vermieter unterstützt, kämen viele Stuttgarter*innen heute nicht mehr über die Runden .

Es wird deutlich, dass die Wohnungsfrage drängend bleibt und ein wichtiges Betätigungsfeld sozialistischer Politik ist – auch in Stuttgart. Viele Forderungen von damals: kommunaler bzw. staatlicher Wohnungsbau zu kostendeckenden Mieten statt Bau durch gewinnorientierte Privatakteure, keine Privatisierung öffentlicher Flächen, sind bis heute nicht eingelöst.

Einer der Vorzüge der Westmeyerschen Broschüre ist vielleicht auch, dass sie (nicht zuletzt anhand der Fotoreportage) von einer intensiven Beschäftigung mit den konkreten Problemen der mietenden Bevölkerung zeugt, diese Missstände anprangert und daraus politische Forderungen ableitet. Vielleicht kann die hier wiederaufgelegte Broschüre auch heute sozialpolitisch Engagierte motivieren, sich auf die Mieter*innen-Arbeit im Stadtquartier neu einzulassen. Denn neben den Betrieben, wo die Verankerung in Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauenskörper zählt, ist das Wohnquartier sicherlich einer der entscheidenden Orte der Verankerung in der Arbeiterklasse.

Verankerung heißt dabei immer, die Problemlage der Menschen, für die Politik gemacht wird, genau zu kennen. Veran-

kerung fußt auf einem langsamen Prozess des Vertrauensaufbaus, der durch Helfen und Unterstützen der Mieter*innen bei den Mikro-Kämpfen des Alltags beginnen kann: gegen Mieterhöhungen, gegen hohe Nachzahlungen, gegen überhöhte Neuvertragsmieten, gegen lange Wartezeiten, bis der Wohngeldantrag bewilligt ist. Aus Mikro-Kämpfen können auch wieder Makro-Kämpfe werden, wenn es gelingt, Nachbarschaften dabei zu unterstützen, sich zu organisieren und sich kollektiv zur Wehr zu setzen etwa gegen soziale Härten bei Modernisierungen oder beim Abriss bisher bezahlbarer Wohnungsbestände.

Filippo Capezzone ist Regionalmitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg und engagiert sich in wohnungspolitischen Zusammenhängen.

LITERATUR

- Krummacher, M. (1981). Wohnungspolitik in der BRD. Leitlinien und Entwicklungsphasen. PROKLA Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 11(45): 75-111.
- Landeshauptstadt Stuttgart (2023). Wohnungsmarkt Stuttgart 2023. Statistik und Informationsmanagement Themenhefte 3/2023.
- Reinprecht, C. (2018). Kommunale Strategien für bezahlbaren Wohnraum: Das Wiener Modell oder die entzauberte Legende. In: Schönig, B, Kadi, J. und S. Schipper (Hrsg., 2018). Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.
- Simon-Philipp, C. (Hrsg., 2017). WohnOrte². 90 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 bis 2017. Entwicklungen und Perspektiven. Verlag Karl Krämer, Stuttgart.
- Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft, SWSG (2003). Geschäftsbericht 2003. Stuttgarter Zeitung vom 04.08.2022. Wer vermietet in Stuttgart die meisten Wohnungen?

IMPRESSUM

Herausgegeben von
Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg
Forum für politische Bildung und Kultur e.V.
Textquelle: Statsarchiv Stuttgart
Transkription: Sebastian Scheringer und Dorian Rieger

V.i.S.d.P.: Filippo Capezzone
Lidwigstraße 73a
70176 Stuttgart
[https:// bw.rosalux.de](https://bw.rosalux.de)
Telefon: 0711 99 79 70 90
E-Mail: bawue@rosalux.org

Redaktionsschluss Juni 2023
Satz und Layout: Sebastian Scheringer & Filippo Capezzone
Druck: Wir machen Druck
1. Auflage: 300

